

flickr/beel@l

Fischsterben am Murstrand



Etag und Verbund wollen in und um Graz fünf neue Mur-Kraftwerke bauen. Die freie Fließstrecke der Mur schrumpft im Großraum Graz von 24 auf 4 km. Naturschützer warnen vor einer muffigen Kloake in der Stadt, die Kraftwerksbauer werben mit umweltfreundlichem Strom. Eine Bestandsaufnahme S. 8/9

KPÖ-SOZIALFONDS
**965.000 Euro für
Menschen in Not**

Seite 2

EINLADUNG ZUM BALL FÜR ALLE

VOLKSHAUSREDOUTE

Sa., 30.1.2010, Lagergasse 98a

SEITE 28

SCHULDENFALLE
**Wohnung leistbar,
Kautions nicht**

Seite 4

ZITIERT

„Ich halte nichts von Operationen in irgendwelchen Sanatorien. Ich bin ganz klar gegen die Privatisierung im Gesundheitsbereich, denn überall, wo es privat wird, geht es nur noch ums Geld.“

Prof. Karlheinz Tscheliessnigg, Vorstand der Chirurgie am LKH Graz, zur *Kleinen Zeitung*



„Shareholder-Value ist ein Scheiß.“

Der Riegersburger Schokoladenhersteller Josef Zotter findet überhaupt nichts Gutes am Aktienwesen, im *Top Gewinn*



„Es ist vernünftig, den Zufluss von Kapital zu versteuern. Andernfalls droht eine soziale Schieflage.“

Claus Raidl, ÖVP-naher Generaldirektor von Böhler-Uddeholm, rügt Industriekapitäne. *Die Presse*

Fotos gesucht

Sie haben etwas Schönes, Spannendes, Ungerechtes, Lustiges oder Kritikwürdiges fotografiert? Mailen Sie uns Ihre Bilder samt Kurzinfo/Adresse! Wir werden eine Auswahl veröffentlichen und verlosen T-Shirts und Bücher: stadtblatt@kpoe-graz.at



„TAG DER OFFENEN KONTEN“ BEI DER KPÖ

965.000 Euro für Mensc

Tag der offenen Konten: KPÖ-Politiker geben den Großteil ihres Einkommens an Menschen in Not weiter. Seit 1998 sind das mehr als 965.000 Euro. Insgesamt konnte schon mehr als 6700 Menschen geholfen werden.

KPÖ-SOZIALFONDS

2009 wurden 1311 Personen mit 163.897 Euro unterstützt

Seit 1998 (Einzug Ernest Kalteneggers in die Stadtregierung) wurde über 6700 Menschen mit 965.185 Euro ausgeholfen.

Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommens-Obergrenze von 2000 Euro.

Unterstützungen gibt es für den Lebensbedarf (Gesundheit, Schule...), Mietzins, Kautionen, Energie, Reparaturen...

Die KPÖ-Politiker behalten höchstens 2000 Euro ihres monatlichen Einkommens für sich. Der viel größere Teil geht über den Sozialfonds an Menschen in Not. 2009 waren das 163.898 Euro, mit denen 1.311 Steirerinnen und Steirern geholfen wurde. In Graz hat Wohnungsstadträtin Elke Kahr im letzten Jahr mit 54.000 Euro rund 700 Menschen unter die Arme gegriffen. Insgesamt hat die KPÖ mit ihrem von Ernest Kaltenegger gegründeten Sozialfonds seit 1998 mit mehr als 965.000 Euro geholfen.

Das Jahr 2009 stand ganz klar im Zeichen der Krise. „Immer mehr Menschen brauchen Unterstützung für den unmittelbaren Lebensbedarf, Zuschüsse zu Kautionen, Mieten, Stromkosten, Heizung, Reparaturen“, sagt KPÖ-

Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

In Graz liegt das größte Problem beim der Wohnungssicherung und den Wohnungseinstiegskosten, weiß Wohnungsstadträtin Elke Kahr: „Die Miete wäre für viele leistbar, aber nicht die hohen Kautionen.“ Elke Kahr: „Ist der Kühlschrank kaputt, stehen Alleinverdienende oft schon vor einem Problem.“

Nicht abheben

„Die KPÖ war immer der Meinung, dass Politikereinkommen überhöht sind“, sagt die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr. „Als wir selbst in Positionen mit hohem Einkommen gewählt wurden, haben wir uns entschlossen, das Geld denen zugute kommen zu lassen, die nicht so gut versorgt werden. Zum Jahresende wird auf den Groschen



Tag der offenen Konten: 1998 hat Ernest Kaltenegger den KPÖ-Sozialfonds ins Leben gerufen. Seither haben KPÖ-Politiker mehr als 965.000 Euro von ihren Politikerbezügen an Menschen in Not weitergegeben.

Foto: Die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr und die KPÖ-Landtagsabgeordnete Ernest Kaltenegger und Claudia Klimt-Weithaler.

hen in Notlagen

genau abgerechnet und der Öffentlichkeit vorgelegt."

Auch im Landtag

Auch für die vier KPÖ-Landtagsabgeordneten verdienen gilt die Gehaltsobergrenze von 2000 Euro. Der Großteil ihrer Einkommen geht über den Sozialfonds an Menschen in Notlagen. .

Die FPÖ hat übrigens im Jahr 2000 das KPÖ-Modell abgekupfert. Mit dem Unterschied, dass die Gehaltsobergrenze 65.000 Schilling (rund 4700 Euro) ausmachte, Sonderzahlungen ausgenommen. Die FPÖ Politiker hielten sich aber kaum an die Regelung. Nach kurzer Zeit war von der FPÖ-Gehaltsobergrenze keine Rede mehr.

Helfen statt reden

Es ist den Wählern der KPÖ zu verdanken, dass in akuten Notlagen praktische Hilfe

geleistet werden kann. Besser wäre es, wenn es durch mehr soziale Gerechtigkeit gar nicht zu solchen Notlagen kommen würde. Die KPÖ hilft, während andere nur reden. Am besten wäre freilich, alle würden so fair bezahlt, dass diese Aktion nicht nötig wäre!

SCHULREINIGUNG PRIVATISIERT

Seit 1. Jänner werden fünf Grazer Schulen von Fremdfirmen geputzt. Der Gemeinderat wurde nicht gefragt, ob er mit der Hinausdrängung städtischen Personals einverstanden ist. Begründet wurde die Maßnahme damit, dass das Ausgliederungspaket „Haus Graz“ durchgezogen wird. „Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass Fremdvergabe unrentabel ist“, sagt KPÖ Klubobfrau Ina Bergmann

MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr:

Die letzten beißen die Hunde?

Liebe Grazerinnen und Grazer!

Wir zahlen nicht für eure Krise!“ – Das haben zehntausende Menschen bei Demonstrationen gerufen. Die Wirklichkeit schaut aber ganz anders aus. Krisenbewältigung läuft bei uns anscheinend unter dem Motto: Den letzten beißen die Hunde.

Erst vor kurzer Zeit hat der Grazer Gemeinderat mit den Stimmen von Schwarz und Grün Erhöhungen der Kanal- und Müllgebühren sowie der Tarife in den städtischen Bibliotheken beschlossen. Damit löst man die Finanzprobleme der Stadt nicht, man belastet aber vor allem Menschen, denen es nicht so gut geht.

Den Experten und Spitzenpolitikern fällt nichts anderes ein. Sie ziehen denen das Geld aus der Tasche, die ohnehin wenig haben und lassen die Banken und die Spekulanten ungeschoren.

Wir von der KPÖ gehen ei-

nen anderen Weg und fordern einen kommunalen Gebührenstopp sowie die Befreiung kommunaler Gebühren und Tarife, aber auch der Wohnungsmieten von der Mehrwertsteuer.

Darüber hinaus treten wir in Graz dafür ein, die Bezahlung der Zinsen für die Schulden der Stadt befristet einzustellen. Damit würden zusätzliche Mittel für soziale und Infrastrukturmaßnahmen frei. Zur Verbesserung der Einnahmenseite fordert die KPÖ eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmer, eine Bodenversiegelungsabgabe, eine Steuer für Euro-Millionäre, eine höhere Abgabe auf Spielautomaten...

Die Gemeinden und ihre BewohnerInnen müssen finanziell entlastet werden. Ein Bürgermeister, der das vergisst, macht einen schweren Fehler,

meint

Ihre Stadträtin Elke Kahr

Tel. 872 20 60

KLEIN, ABER MIT BISS



Der Bürgermeister will Graz zur „City of Design“ machen. Aber sollte sich Graz nicht besser um den Titel „Stadt der verlorenen Illusionen“ bewerben?

INHALT

Problem Kautiön.....	4
Wohnbeihilfe ade	5
Schlimme Sache: Haus Graz	7
Zerstörte Mur um Graz.....	8/9
8 Bezirksämter zu	10
Wieder höhere Gebühren	11
Immer teurere EU	12
Weniger zahlen für den Strom..	13
Abzocke bei der Pflege	14/15
Noch mehr Schulden	16/17
Reichtum ungerecht verteilt ...	19
Die Wahrheit über FPÖ/BZÖ.	21
Aus den Bezirken	24/25
Der beste Ball in Graz	28

SCHULDENFALLE KAUTION

Wohnung leistbar, Kautions nicht



Ein gemütliches Plätzchen für Mensch und Tier scheitert oft an der Kautions und nicht an der Miete. Die KPÖ drängt seit Jahren auf einen Kautionsfonds, der helfend eingreifen kann.

Fehlt die Kautions, kann die Mietwohnung nicht bezogen werden. Für immer mehr Menschen wird die Kautions zum unüberwindlichen Hindernis auf dem Weg zum Mietvertrag.

Seit rund acht Monaten wohnt Helmut S. in seiner kleinen, ruhig gelegenen Wohnung in der Münzgrabenstraße. „Nein danke, keinen Kaffee. Ich leide unter Schlafstörungen“, sagt Herr S. bei unserem Treffen.

Aufgrund seiner Erkrankung, die trotz sämtlicher Therapien nicht geheilt werden konnte, musste Herr S. in Frühpension gehen. „In der Grabenstraße, wo ich vorher gewohnt habe, fahren täglich mindestens 7000 Autos vorbei. Dieser Lärm wurde für mich unerträglich“. Besondere Ansprüche stellte er nicht. Ruhig sollte es halt sein. Endlich – nach langer Wartezeit – schien die ideale Wohnung gefunden. Doch plötzlich stand der Pensionist vor einer großen finanziellen Hürde: Eine Kautions sollte entrichtet werden, die seine Möglichkeiten überstieg, bezieht er doch nur eine kleine Pension von rund 800 Euro monatlich.

Beim Geld wird's heikel

„Auch wenn man Freunde hat, in Geldfragen kann man meistens niemanden anreden“, bringt Helmut S. die Pro-

blematik auf den Punkt, „das einzige, was mir eingefallen ist, war, Wohnungsstadträtin Elke Kahr zu fragen. Das hat zum Glück geklappt.“ Dank Zuzahlung aus dem Sozialfond der KPÖ konnte Herr S. die Wohnung schließlich beziehen.

Die Kosten beim Bezug einer Mietwohnung, wie Vergebühung, Kautions und oft auch noch Provisionen stellen für viele eine große Hürde dar. „Gerade in den letzten Jahren kommen auch immer mehr gut ausgebildete und fleißige Menschen, unter ihnen ältere Personen, zu mir, die ihren Job verloren haben oder Leute, die nach einer Scheidung mittellos dastehen oder sich verschuldet haben“, sagt KPÖ-Stadträtin Elke Kahr.

Kein Bittsteller sein

Seit 2003 bemüht sich die KPÖ um einen Kautionsfonds.

Dieser soll verhindern, dass Menschen geringem Einkommen durch den Abschluss eines Mietvertrages zu Sozialfällen werden. „Die Einrichtung eines Kautionsfonds wurde auf Betreiben der KPÖ zwar im schwarz-grünen Regierungsübereinkommen verankert. Geschehen ist trotzdem bis heute nichts“, ärgert sich Elke Kahr.

„Derzeit können wir nur Hilfestellungen zu Notlösungen anbieten. So versuchen wir, eine Einigung mit dem Vermieter zu finden, klappern verschiedene Stellen vom Sozialamt bis zur Caritas ab oder springen selbst in die Bresche, um eine individuelle Lösung für die Betroffenen zu finden“, schildert die Wohnungsstadträtin die schwierige Situation und fügt hinzu: „Niemand ist gern Bittsteller, und niemand ist davor gefeit, plötzlich in eine finanzielle Notlage zu geraten!“

RAT UND HILFE IN WOHNUNGSFRAGEN

Mieterschutzverband
Sparbersbachgasse 61
Tel. 0316 / 38 48 30
(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)
Sprechstunden – Bitte um tel. Voranmeldung!
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr
www.mieterschutzverband.at



Hausbesorger gefragt. Auf Einladung von Elke Kahr trafen sich Ende 2009 die städtischen Hausbesorgerinnen und Hausbesorger zum gemütlichen Beisammensein. Elke Kahr dankte für den vorbildlichen Einsatz. Einer Umfrage des Wohnungsamtes zufolge schätzen mehr als 80% der Mieter die Arbeit ihrer Hausbesorgerinnen und Hausbesorger.

WOHNBEIHILFE ANHEBEN! Dringlicher im Gemeinderat.

Mini-Pensionserhöhung frisst die Wohnbeihilfe auf



Das Wandbild (mural) des nicaraguanischen Künstlers Leonel Cerrato an der Außenfassade des ehemaligen Standortes des **Kino im Augarten** existiert in dieser Form nicht mehr, das Gebäude wurde abgerissen. Alle Versuche zur Erhaltung des Gemäldes sind fehlgeschlagen.

Der Kunst-Verein Rhizom hat während des Abbruchs (27. Okt. 2009) mural-Fragmente gesichert und an interessierte Personen zur privaten Sammlung übereignet. Mehr als 50 Personen sind als Archivare registriert.

<http://rhizom.mur.at/project/view/id/105>
<http://rhizom.mur.at/project/view/id/94>

Bei Pensionserhöhung plus Wohnbeihilfe bleibt unterm Strich weniger Geld übrig.

Frau S. traute ihren Augen nicht, als sie die erste Abrechnung ihrer Wohnbeihilfe in diesem Jahr sah. Da war der Mindestpensionistin die Pensionserhöhung 2010 von der Beihilfe abgezogen worden. Ein Nullsummenspiel, das auf dem Rücken jener ausgetragen wird, die ohnehin wenig haben.

730 Euro bekommt Frau S. als monatliche Pension – knapp 30 Euro mehr als 2009. Die sind allerdings weg, weil sie von der Wohnbeihilfe des Landes abgezogen werden. Unterm Strich bleibt weniger übrig als letztes Jahr. „Dabei habe ich noch Glück mit meiner günstigen Genossenschaftswohnung“, sagt Frau S. Anderen geht es noch schlechter, „weil in Graz

die Mieten so hoch sind“. Tatsächlich liegt die Steiermark bei den Mieten gleichauf mit Salzburg auf Platz 2 in Österreich. Nur in Vorarlberg ist Wohnen noch teurer.

Die KPÖ drängt auf Neubewertung der Wohnbeihilfe, die seit drei Jahren unverändert ist. „Es darf nicht sein, dass Menschen mit wenig Einkommen so belastet werden“, sagt Wohnungsstadträtin Elke Kahr.

WOHNBEIHILFE

Wohnbeihilfe gibt es für alle Mietwohnungen, wenn der Hauptmietzins ohne Betriebskosten 6,52 Euro/m² nicht übersteigt. Je nach Einkommen bekommt eine Person max. 182 Euro/Monat.

Anträge und Info beim Land Steiermark, Dietrichsteinplatz 15, Tel. 0316/ 877-3748.

Der *Wohnbeihilfenrechner* berechnet Ihren Anspruch online.

Ausmalen nicht mehr notwendig

Keine Ausmalpflicht für Mieter nach dem Beendigen des Mietverhältnisses.

Bereits 2006 hat der Oberste Gerichtshof für alle Mietwohnungen (ausgenommen in Ein- und Zweifamilienhäusern) Klauseln in Mustermietverträgen, die die Pflicht des Ausmalens durch den Mieter nach Beendigung des Mietverhältnisses zum Inhalt haben, für nicht durchsetzbar erklärt. Voraussetzung dafür ist es jedoch, dass es sich beim Vermieter um einen gewerblichen Vermieter handelt, das heißt, er muss mehr als fünf Wohnungen vermieten.

Mit seiner neuesten Entscheidung geht der OGH einen Schritt weiter. Bei Mietwohnungen im Altbau oder geförderten Neubauwohnungen (im Vollenwendungsbereich des Mietrechtsgesetzes) muss man nicht mehr prüfen, ob der Vermieter ein gewerblicher ist. In diesen Wohnungen ist eine im Mietvertrag festgeschriebene Pflicht zum Ausmalen bei normaler Abnutzung nicht durchsetzbar.

„Angesichts der Fülle von mietrechtlichen Entscheidungen des OGH ist es höchste Zeit, diese Erkenntnisse zur höheren Rechtssicherheit und Verständlichkeit ins Mietrechtsgesetz einfließen zu lassen“, wünscht sich die Grazer Wohnstadträtin Elke Kahr (KPÖ), „für Nicht-Juristen ist das Mietrecht wegen zu vieler Ausnahmen, Novellen, verschiedener Voraussetzungen kaum nachvollziehbar. Unser Büro steht Hilfesuchenden für Rechtsauskünfte gern zur Verfügung“. Tel. 872-2060.

INITIATIVEN DER KPÖ AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Bessere Kontrolle

Für die nächsten 20 Monate leitet KPÖ-Klubchefin Ina Bergmann den Kontrollausschuss. Sie folgt FPÖ-Mann Harald Korschelt nach.



„Für mich ist wichtig, dass im Kontrollausschuss ein offenes und sachliches Gesprächsklima herrscht“, sagte Bergmann, „wir haben ein dichtes Arbeitspensum vor uns und ich hoffe, dass wir das objektiv und ohne parteipolitische Querelen abarbeiten können.“ Wegen der Umbauten und Ausgliederungen in der öffentlichen Verwaltung (Grazer Belastungspaket, siehe S. 11) wird dem Kontrollausschuss nun eine noch größere Bedeutung zukommen.

GVB: Fahrpläne beleuchten!

Die Fahrpläne an vielen GVB-Stationen sind abends oft schlecht oder gar nicht beleuchtet. Das Problem, als GVB-Kunde über Fahrzeiten nicht informiert zu werden, ist in der kalten Jahreszeit wegen der früh hereinbrechenden Dunkelheit größer. Leuchtende Anzeigetafeln gibt es meist nur an größeren Stationen.

Um die GVB-Kunden nicht länger im Dunkeln zu lassen, beantragte KPÖ-Mandatar Andreas Fabisch, dass die GVB dafür sorgen solle, dass die Fahrpläne an den Haltestellen auch bei ungünstigen Lichtverhältnissen lesbar bleiben.



Postpartner

In Sachen Postversorgung fragte KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora bei Bürgermeister Siegfried Nagl an. Nach Schließung von Post-Filialen in Mariatrost, Peter-Tunner-Gasse, Rösselmühlgasse, Kasernstraße und Triesterstraße sind die Postleistungen stark eingeschränkt. Man brauche zumindest Postpartner. Außerdem gibt es Informationen, wonach weitere Post-Filialen – in der Stiftingtalstraße, Lazarettgürtel, Annenstraße, Gaswerkstraße, der Ragnitz und St.-Peter-Hauptstraße – geschlossen werden sollen. Sikora setzt sich für die Erhaltung der Filialen ein.



Pflege: bessere Bedingungen

Die österreichweit 30.000 Beschäftigten in Gesundheits-, Sozial- und Pflegeberufen sollen 2010 nur 0,9% Gehaltserhöhung bekommen.

Zugleich sollen Überstundenzuschläge gekürzt werden. Proteste der Beschäftigten waren die Folge (siehe auch Seite



14). KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber stellte den Antrag an den Gemeinderat, sich mit den Beschäftigten

im Gesundheits- und Pflegebereich zu solidarisieren und sie in ihren Forderungen nach einer zumindest 1,5%igen Gehaltserhöhung zu unterstützen.

ZU HOCH GEBAUT

Hochhäuser bleiben weiter Objekte der Begierde in Graz. Am Gürtelturm will sich Lyonesse ein Wahrzeichen setzen – 72 m hoch statt der zulässigen 40 m. Und: Mit Hilfe von Sachverständigengutachten werden durch Flächenwidmungsplan oder Bebauungspläne festgesetzte Baudichten überschritten.

KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch kritisiert, dass systematisch Baudichten überschritten werden: An der Ecke Annenstraße/Strauchergasse soll die Dichte um 100 %, in der Keplerstraße nahe dem Rondo um 80 % überschritten werden. Entscheidungen des Gemeinderates werden extrem abgeändert. Fabisch tritt dafür ein, dass geplante Überschreitungen von 20% und mehr in Zukunft vom Gemeinderat beschlossen werden müssen.

AUS DEM GEMEINDERAT

Plastikmüll im Kindergarten

Zentralküche liefert Essen statt in wiederverwertbaren Stahlbehältern nun im Plastikwegwerfgeschirr.

Mehr Plastikmüll ist die Devise in der Zentralküche. Probeweise wurden Kindergärten, Schulen und Horte mit Essen im Plastik-Einweggeschirr statt wie bisher im Nirosta-Behälter beliefert. Die „Kunststoff GN Schalen“ kommen aus Großbritannien. Das Leergeschirr wird mit LKWs abtransportiert und anschließend verbrannt.

„Mehr Lkw-Fahrten – mehr Plastikmüll“, stellt KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer fest. Begründet wird das Vor-



flickr/Camster Factor

haben in der Zentralküche mit dem Kostenargument. Das Nirostageschirr sei teuer, viele Behälter kämen beschädigt oder gar nicht zurück. Das Kunststoffgeschirr sei hingegen viel billiger.

„Sollen unsere Kinder

zur Wegwerfgesellschaft herangezogen werden?“, fragt KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer. Schuld sind die Vorgaben der Stadt, die ihren Sparplänen auf Kosten des Umweltschutzes durchziehen will.

Stadtblatt
SERVICE

UNVERANTWORTLICH: STADTWERKE AUSGEGLIEDERT



Wirtschaftsbetriebe werden durch Finanztricks gefährdet

Der tiefste Einschnitt in der Stadtverwaltung seit Jahrzehnten ist durchgedrückt: Schwarz-Grün wirft Daseinsvorsorge auf den freien Markt. 700 Jobs sollen wegfallen.

Am 14. Dezember 2009 setzte Schwarz-Grün die Ausgliederung wichtiger Bereiche der Stadtverwaltung durch: Müllabfuhr, Kanal, die Wirtschaftsbetriebe kommen zu den Stadtwerken, die in eine GmbH umgewandelt werden. 700 Beschäftigte sollen abgebaut werden. Die erhoffte Einsparung von 10 Millionen Euro pro Jahr ist nicht abzusehen. Stattdessen entstehen 2010 zusätzliche Kosten in Millionenhöhe.

Aus der Hand gegeben

Wenn die KPÖ nicht eine Sondersitzung des Grazer Gemeinderates zum „Haus Graz“ (2. November) durchgesetzt hätte, wäre es im Rathaus nicht einmal zu einer Diskussion gekommen. Stadtrat Rüs

begründete die Ausgliederung oberflächlich. Bürgermeister Nagl nahm an der Diskussion zeitweise gar nicht teil.

KPÖ-Klubobfrau Ina Bergmann: „Unsere Daseinsvorsorge wird damit auf den freien Markt geworfen. Auch in öffentlichen Händen kann man gut und sparsam wirtschaften und verantwortungsvoll arbeiten.“

Stadträtin Elke Kahr: „Hinter der harmlos klingenden Neuordnung des Hauses Graz verbirgt sich das größte Ausgliederungsvorhaben der letzten 50 Jahre. Das entspricht der Strategie der Neoliberalen europaweit, die auf das Auslöschen der Kommunen abzielt. Kommunales Eigentum, mit der Arbeit von Generationen geschaffen, wird abgegeben.“

Ein Szenario

Vor der Abstimmung hatte es eine Medienkampagne für die Ausgliederung gegeben. Gemeinderäte, die nicht alles mittragen wollten, wurden angeprangert. Den Warnstreik bei der Graz AG zog man in Misskredit. Die Proteste der

KPÖ fanden kaum Erwähnung. Doch die Menschen sehen es anders. So erschien in der *Grazer Woche* folgender Leserbrief:

„Den Bürgern wird vorgegaukelt, dass die Verwaltung schlank wird und enorme Kostenersparnis eintritt. In Wahrheit werden nur Kostenträger (Kanal, Abfallwirtschaft etc.) in die Tochterfirma Graz AG ausgelagert, wodurch man das Budget verschönern kann. Durch die Umwandlung der AG in eine GmbH hat dann der Bürgermeister direkten Zugriff auf deren Gewinne. Die werden zum Budgetsanieren so lange abgezogen, bis die Tochter ins Trudeln gerät.“

Dann wird die Graz GmbH filetiert und privatisiert. Das heißt, Abwasser, Müllabfuhr, Wasserversorgung etc. werden von privaten Betreibern geführt, die Gewinne erzielen wollen. Dadurch wird auf die Grazer eine enorme Belastung durch Kostenerhöhung für Kanalgebühr, Wasser und Müllabfuhr zukommen.“

Richtsätze

PENSIONEN-AUSGLEICHSZULAGE

Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: 783,99 Euro, für Ehepaare, Familien: 1.175,45, Erhöhung pro Kind: 82,16 (jeweils minus 5,1 % für die Krankenversicherung).

SOZIALHILFERICHTSÄTZE

Für den Lebensbedarf für Alleinstehende: 548 Euro; für Hauptunterstützte oder Unterstützte in Haushaltsgemeinschaft: 500 Euro; für Mitunterstützte: 334 Euro.

REZEPTGEBÜHRENBEFREIUNG

orientiert sich an der Pensionen-Ausgleichszulage (Siehe oben)

RUNDFUNK- UND TELEFON- GEBÜHRENBEFREIUNG

Befreit sind Alleinstehende bis zum Einkommen von 878,07 Euro, Ehepaare bis zum Einkommen von 1.316,50 Euro.

FAMILIENBEIHILFE

Zwischen 163,80 bei einem Kind unter 3 Jahren und 261,1 bei 4 Kindern über 19. Mehrkindzuschlag ab dem 3. Kind: 36,40 Euro.

KINDERZUSCHUSS DES LANDES

145,35 Euro monatlich während der ersten 12 Lebensmonate, für bestimmte Einkommensgrenzen. Antrag über das Gemeinde bzw. Bezirksamt.

DSA Karin

Gruber

KPÖ-Landtagsklub

Herrengasse 16

Tel. 877 - 5101



Sozialhilfe abgeschafft

Ab September 2010 wird die Sozialhilfe durch eine Mindestsicherung nach dem Vorbild des deutschen Hartz IV abgelöst. Im Betrag von 744 Euro für Alleinstehende, der nun österreichweit gültig ist, sind 168 Euro Wohnbeihilfe enthalten.

Inwieweit sich Verbesserungen oder Verschlechterungen für die BezieherInnen ergeben wird die Praxis zeigen.

ENERGIEGEWINNUNG AUS DER STEINZEIT

Noch mehr Kraftwerke verträgt

Verbund und Estag wollen rund um Graz fünf neue Murkraftwerke bauen und schrecken vor gruseligen Methoden nicht zurück. Die Natur bleibt auf der Strecke – so wie moderne Energietechnologien.

Vor 25 Jahren war die Hainburger Au besetzt. Dank unzähliger Protestierender blieb die Hainburger Au als Naturjuwel erhalten. Diesen Effekt wünscht sich Markus Ehrenpaar in und um Graz. Der Geschäftsführer des Naturschutzbundes kämpft um Erhaltung der Mur und ihrer Umgebung. Denn gleich fünf neue Wasserkraftwerke sollen in Kalsdorf, Gössendorf, Puntigam, Gratkorn und Stübing entstehen.

Die Projektbetreiber wollen den Steirerinnen und Steirern weismachen, es handle sich um „sauberen Ökostrom“ aus Wasserkraft. Von den wasserwirtschaftlichen Umweltschäden spricht man aber nicht. Auch nicht davon, dass die freie Fließstrecke der Mur zwischen Leoben und Spielfeld von 24 auf 4 km zusammengeschrumpft wird.

Die Bauarbeiten haben schon begonnen. In Gössendorf sind links und rechts der Mur breite Schneisen in den Wald geschlagen. Obwohl noch nicht alle Bewilligungen da sind, ärgert sich Ehrenpaar. 1480 Hektar Landschaftsschutzgebiet sind allein im Süden von Graz gefährdet.

Drohungen

Um zum Ziel zu kommen, bediene sich die Estag gruseliger Methoden, erzählt Ehrenpaar. Einer Grundstücksbesitzerin drohte man mit Konsequenzen, wenn sie nicht verkaufe. Die Frau, die einen Beherbergungsstätte betreibt, bekam plötzlich keine Gäste mehr zugewiesen.

Schon 2007 hat der Naturschutzbund 1500 m² Auwald erworben. Bis heute verweigert die Grundstückskommission die

Eintragung ins Grundbuch; mit absurden Argumenten. „Zuletzt hieß es, dass ein Bauer unseren Wald auch kaufen wollte. Als ob die Eigentümerin sich nicht aussuchen kann, wem sie etwas verkauft“, erzählt der Murwald-Schützer. Man versuche zu verhindern, letztendlich den Naturschutzbund enteignen zu müssen, meint Ehrenpaar. Denn das würde ein schlechtes Licht auf Estag und Verbund werfen.

Kloake

Der Naturschutzbund und die Plattform www.rettetdiemur.at warnen vor den Auswirkungen auf Natur und Umgebung: Durch die Kraftwerke sinkt die Fließgeschwindigkeit, die Wassertemperatur steigt, Faulschlämme können sich bilden, das Grundwasser verändert sich. Letzteres haben sogar die

TEURE PROJEKTE

Geplant sind fünf neue Wasserkraftwerke im Raum Graz. Kosten: 155 Mio. in Kalsdorf/Gössendorf, 87 Mio. in Graz-Puntigam, 100 Mio. in Gratkorn/Stübing.

Die Kraftwerke sollen 400 GWh Strom pro Jahr liefern. Umwelt-Info im Internet: www.rettetdiemur.at



Ein Bild aus der Vergangenheit (li.): Diesen idyllischen Auweg gibt es nicht mehr. In den Murwäldern südlich von Graz wird gebaut. Die Plattform „Rettet die Mur“ – sie wird vom WWF, dem Umweltdachverband, dem Naturschutzbund und vielen anderen unterstützt – kämpft um den natürlichen Flusslauf.

Sternwanderungen durch die Bauzonen stoßen immer auf viel Interesse (re).

die Mur nicht

Wasserwerke der Stadt Graz bescheinigt. „Die Wahrscheinlichkeit ist sehr groß, dass es zu einer Verschlechterung beim Trinkwasser kommt“, bestätigt der Chemiker Herbert Fuchs, der selbst Begleituntersuchungen bei Wasserkraftwerksbauten gemacht hat. Vom zerstörten Auwald ist da noch gar keine Rede.

Photovoltaik

342 Millionen Euro wollen Etag und Verbund für die Kraftwerke ausgeben. „Würde man das Geld für Photovoltaik (Strom aus Sonnenenergie) ausgeben, dann wäre die Steiermark technologisch ganz vorn dabei“, sagt Markus Ehrenpaar. So bleibt es bei einem umweltpolitischen Projekt aus der Steinzeit.

WASSERKRAFT

Vordergründig ist Strom aus Wasserkraft eine ökologische Form der Energiegewinnung. Wasserwirtschaftliche Probleme ergeben sich durch Verbauung; Jahrhunderte alte Natur wird zerstört.

Gewinner sind Etag und Verbund. Sie bauen mit Fördergeld Kraftwerke und kassieren dann von uns für den Strom, der zum Gutteil nicht aus Graz kommt, sondern von irgendwoher – auch aus Atomkraftwerken.

Dazu kommt, dass gerade im Winter, wenn am meisten Strom benötigt wird, zu wenig Wasser vorhanden ist, um effizient Strom produzieren zu können. Für eigene Bedürfnisse hat Österreich ausreichend Strom aus Wasserkraft. Bei diesen Kraftwerken geht es darum, im Ausland (Deutschland) billigen Ökostrom anbieten zu können.

GASTKOMMENTAR

Vom Ende der Fische



Walter Maderer, Sprecher des Arbeiterfischereivereins Graz

Auch im Zusammenhang mit dem geplanten Kraftwerk Puntigam wird uns von der E-Wirtschaft wieder suggeriert, dass Wasserkraft sauber sei. Die Wirklichkeit schaut aber ganz anders aus:

Ohne Rücksicht auf die katastrophale ökologische Auswirkung steht uns seitens der E-Wirtschaft der Totalausbau der Wasserkraft bevor. Die Verbauung der letzten freien Fließstrecken ist als ökologisches Desaster anzusehen. Dadurch werden funktionierende Ökosysteme zu Technosystemen degeneriert.

Wasserkraftwerke verändern die Charakteristik von frei fließenden Wasserläufen drastisch: Sie stellen für Fische unpassierbare Hindernisse dar und verhindern für viele Arten notwendige Wanderungen zu ihren Laichgebieten – hauptsächlich Bächen mit Kiesgrund. So genannte „Fischaufstiegshilfen“ können nicht von allen Fischen angenommen werden und sind deshalb nur eine kleine Hilfe. Flussabwärts führt nur der tödliche Weg durch die Turbinen.

Bei Gewässerabschnitten oberhalb der Staumauern kommt es auf Grund der Abnahme der Fließgeschwindigkeit zu einem Temperaturanstieg und damit verbunden zu einer Abnahme des Sauerstoffgehaltes. Außerdem ist hier die Gewässersohle von

meterdicken Schlammschichten bedeckt. Für die meisten Arten sind diese Abschnitte als Lebensraum völlig ungeeignet.

Diese Schlammschichten entstehen dadurch, dass sich durch die Minderung der Fließgeschwindigkeit in den Stauräumen das sogenannte Geschiebe (vom Fließgewässer transportiertes Geröll, Flussschotter, Sande ...) absetzt.

In kurzen Zeiträumen füllen sich die Stauräume über weite Strecken mit meterdicken Faulschlammdeponien, die in immer wiederkehrenden Abständen entfernt werden müssen. Das passiert durch Stauraumpülungen. Dabei werden zigtausende Tonnen Faulschlamm in kürzester Zeit wieder an den Fluss zurückgegeben, was wiederum die Auslöschung eines Großteils der gesamten Biomasse unterhalb der Kraftwerke bedeutet. Jede Ritze, jede Schotterbank wird durch den Schlamm auf viele Kilometer zugleistert, jedes Leben erstickt. Übrig bleiben trost- und leblose Unterwasserwüsten.

Ein Totalausbau der Wasserkraft bedeutet somit das Ende natürlich reproduzierender Fischpopulationen, wie Äsche, Huchen und anderer Arten, die auf der roten Liste der vom Aussterben bedrohten Arten zu finden sind.

Walter Maderer, Arbeiterfischereiverein Graz



Etag läutet mit Kraftwerken den Tod von Äsche und Co ein.

BEZIRKSDEMOKRATIE MIT FÜSSEN GETRETEN

Acht Servicestellen ausradiert

Die schwarz-grüne Stadtregierung schließt acht Bezirksämter für immer. Das bringt keine Einsparungen, längere Wege und weniger Service. Ein Ausbau der Ämter wäre stattdessen gefragt.

Die von Schwarz-Grün beschlossene Sperre von Bezirksämtern wird fast keine Einsparungseffekte, sondern Verschlechterungen für die Bevölkerung bringen. Trotzdem hat man sich über die Proteste der Öffentlichkeit und Beschlüsse zahlreicher Bezirksräte hinweggesetzt.

So sollen die Bezirksämter in den traditionsreichen Arbeiterbezirke Lend, Gries, Gösing, Eggenberg und Wetzelsdorf durch ein Servicecenter am Bahnhof ersetzt werden. Diese Zusammenlegung bringt Verschlechterungen für Behinderte, ältere Menschen, sozial Bedürftige, Mütter mit Babys. Von einer Ersparnis kann keine Rede sein. Die derzeit leerstehenden Räume beim Bahnhof werden von den Betreibern der Annenpassage teuer vermietet. Außerdem müssen zusätzlich Räume für Bezirksarbeit gemietet werden.

Im Gegensatz dazu plädiert die KPÖ für einen Ausbau der

Bezirksämter, attraktive Öffnungszeiten und ein breites Serviceangebot; etwa durch den Ausbau des Meldewesens oder als Postpartner. Bezirksämter müssen für alle leicht erreichbar sein.

Um die heimatlosen Bezirksvorsteher zu entschädigen, werden sie seitens der Stadt mit Laptop und Handy ausgestattet. „Die Aufwertung der Bezirksdemokratie ist wichtig“, betont KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch, „was stattdessen kommt, sind bezahlte Parteisekretäre ohne verpflichtende regelmäßige Sprechstunden, dafür ausgestattet mit Handy und Laptop.“



Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

Ihre Ideen sind gefragt!

Verlost werden T-Shirts und kleine Buch- und Sachpreise.

99 Initiativen hat die KPÖ 2009 im Grazer Gemeinderat gesetzt. Welche Themen soll sich die KPÖ im Jahr 2010 aufgreifen?

- | | | | |
|--------------------------|--------------------------|-----------------------------|--------------------------|
| Leistbares Wohnen | <input type="checkbox"/> | Pflege/Gesundheit | <input type="checkbox"/> |
| Armutsbekämpfung | <input type="checkbox"/> | Gegen Privatisierung | <input type="checkbox"/> |
| Saubere Umwelt | <input type="checkbox"/> | Gerechte Löhne | <input type="checkbox"/> |

Eigene Anregungen:

Ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der KPÖ erhalten

Name: _____
 Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL/XXL)



An das
**Grazer
 Städterblatt**

c/o KPÖ-Graz
 Lagergasse 98a
 8020 Graz

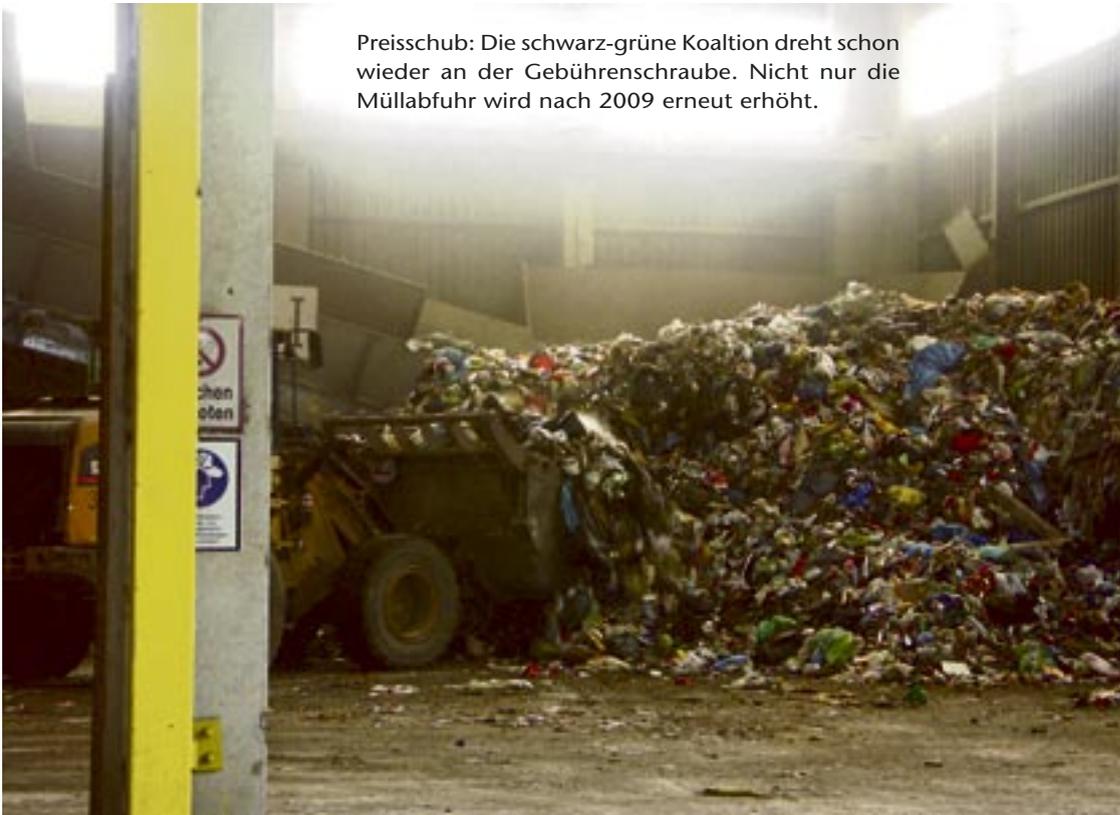
Fax: 71 62 91

KPÖ: AKTIV im Gemeinderat

Die KPÖ hat 2009 im Grazer Gemeinderat 99 Initiativen gesetzt, zB. für:

- Frühwarnsystem bei Heizungs- und Stromabschaltung
- Gründung einer Steiermark-Holding zur Führung gemeinwirtschaftlicher Betriebe
- Erhaltung der Stadtbibliothek
- Angleichung der Rundfunkgebührenbefreiung für alle Menschen mit kleinem Einkommen
- Ausstieg aus der defizitären Grazer Messe
- Tempo 30 vor Kinderbetreuungseinrichtungen
- Einführung des längst überfälligen Sozial- oder Aktivpasses
- Rettung der historischen Gewächshäuser der Uni
- Mehr Kindergarten- und vor allem Kinderkrippenplätze
- Kostengünstige Nachmittagsbetreuung von Volksschulkindern in den Ferien
- Aufstockung der Wohnbauförderung, damit mehr Gemeindewohnungen gebaut werden können
- Mehr Personal in Pflegeheimen
- Günstigere Jahreskarte für Studierende
- Ausstieg aus Euratom
- Verkürzung der Wartezeiten bei Privatkonkurs
- Maßnahmen gegen Drogenmißbrauch
- Kommunaler Wohnbau durch die Stadt Graz um leistbares wohnen zu ermöglichen, Erwerb ehemaligen Heeresgeländes (Hummelkaserne) für diesen Zweck
- Erhaltung der Heimgärten
- Kommunaler Wohnbau auf den Reininghaus-Gründen
- Rückführung des Abfallentsorger AEVG in den Besitz der Stadt. Widerstand gegen Ausgliederung und Privatisierung öffentlichen Eigentums

Preisschub: Die schwarz-grüne Koalition dreht schon wieder an der Gebührenschaube. Nicht nur die Müllabfuhr wird nach 2009 erneut erhöht.



BUDGET OHNE VERNUNFT IN GRAZ

Wieder Gebührenerhöhung

Kanal, Müllabfuhr, Bibliotheken wurden mit 1. Jänner teurer. Dabei liegt die letzte Gebührenerhöhung bei Kanal und Müll nur ein Jahr zurück.

2010 wird zum Zahljahr für die Grazerinnen und Grazer. Weil die Stadt mehr als eine Milliarde Schulden hat, schraubt man die Gebühren nach oben: Die Bibliotheksgebühr wurde ebenso erhöht wie die Kanalbenützung und die Müllabfuhr.

So kostet die Jahresgebühr in den Stadtbibliotheken nun 15 statt 10 Euro.

163,20 Euro zahlt man für jedes WC statt wie bisher 160,80 Euro, eine 120-Liter-Mülltonne mit wöchentlicher Entleerung kostet mit 398,40 Euro zwar nur um 1,2% mehr als bisher. Benachteiligt werden aber vor allem jene Haushalte, die den Biomüll nicht selbst kompostieren können. Verantwortlich dafür ist eine empfindliche Erhöhung des sogenannten „Bioszuschlages“, welcher für die Bereit-

stellung einer Biomülltonne eingehoben wird. Wer diese abbestellt, erhält sogar einen Bonus – eine Option, die für BewohnerInnen von Mehrparteienhäusern meist nicht in Frage kommt. Angehoben wurden aber auch Gebühren für Sonderentleerungen und zusätzliche Müllsäcke.

Alles, obwohl die Gebühren bereits im Vorjahr stark angehoben wurden.

Unvernünftiges Budget

Für die KPÖ ist das einmal mehr der falsche Weg, wie Gemeinderätin Uli Taberhofer bei ihrer Budgetrede im Gemeinderat sagte: „Wir treten dafür ein, dass für alle Menschen in unserer Stadt ein verlässlicher Zugang zu wichtigen Leistungen zu erschwinglichen Preisen gegeben sein muss.“

Überhaupt scheint das

Budget 2010 der Stadt wenig vernünftig. Für die Kinderbetreuung gibt es statt 12 nur 8 Millionen Euro.

Auf den dringend nötigen Sozial- bzw. Aktivpass für 34.000 armutsgefährdete Grazerinnen und Grazer muss weiter gewartet werden.

Gebührenstopp

Alles nach dem Motto: Die letzten beißen die Hunde, meint Wohnungstadträtin Elke Kahr. Man belaste die Menschen – vor allem jene, denen es nicht so gut geht – statt sie zu entlasten. Die KPÖ fordert einen Gebührenstopp, der vor allem Menschen mit geringem Einkommen helfe. Die müssen einen überdurchschnittlichen Anteil für das Wohnen und kommunale Tarife – aber auch für den öffentlichen Nahverkehr – ausgeben.

56 MIO. EURO Stadt haftet für Styria- Konzern

Beim Bau eines 80-Millionen-Headquarters“ bei der Messe soll die Stadt dem Styria-Konzern mit bis zu 56 Millionen Euro unter die Arme greifen.

Längst ist es üblich, dass sich wohlbestallte Konzerne öffentlicher Gelder bedienen. Da droht man schon einmal mit dem Wegzug. So auch Styria-Chef Horst Pirker. Er rang der Stadt eine Beteiligung ab, damit er sich mit der Zentrale der Styria/Kleinen Zeitung nicht nach Wien oder Zagreb verabschiedet.

Damit nicht passiert, was ohnehin kaum passieren würde, zeigen sich die Stadtoberen unter Druck gesetzt. 80 Millionen Euro soll das „Styria-Headquarter“ gegenüber der Stadthalle kosten. Ein neues Wahrzeichen für die Stadt soll es werden. In einem Umfeld, in dem laut Gemeinderatsstück der Finanzdirektion bis 2015 5.000 Menschen zusätzlich wohnen und arbeiten werden. Genaue Umstände sind nicht ausgeführt.

Die hochverschuldete Stadt wird der reichen Styria – sie machte 2008 rund 486 Millionen Euro Umsatz – mit 6 Millionen Euro aushelfen, mit denen sie in jene Gesellschaft einsteigt, die das Headquarter errichten soll. Zusätzlich haftet die Stadt für 50 Millionen Euro bei der Fremdfinanzierung des Bauwerks; also für den größten Brocken.

Baubeginn soll im Herbst 2010 sein. Zwei Jahre später soll das Gebäude bezogen werden.

DIE MOORLEICHEN DES NEUEN EU-VERTRAGS

7000 neue EU-Außenpolitiker

Der EU-Vertrag von Lissabon: Großmachtpolitik statt regionale Entwicklung. Bevorzugung der großen Konzerne vor den Bedürfnissen der Menschen. Entdemokratisierung und Überwachungsstaat. Jetzt kommen weitere Nachteile des Vertrags ans Licht: Bis zu 7000 neue Beamte wird das EU-Außenamt auf Kosten der Regionalförderung beschäftigen.

Der neue EU-Vertrag ist in Kraft. Die Feiern sind vorbei. Jetzt kommt ans Tageslicht, dass die Argumente der Vertrags-Gegner stichhaltig waren. Statt weniger Bürokratie gibt es mehr EU-Beamte, statt Friedenspolitik gibt es gebündelte Aufrüstung.

7000 neue Beamte

Beispiel: Der Europäische Außenpolitische Dienst (EAD). Etwa 7.000 neue EU-Beamte sollen als „europäische Diplomaten“ über den Diplomaten der Mitgliedsstaaten thronen. „Dieser Dienst ist eine der Moorleichen des Vertrags von Lissabon, die jetzt auftauchen, nachdem sie, solange das Ratifizierungsverfahren noch lief, jahrelang friedlich im EU-Sumpf schlummerten“, sagt der deutsche Autor Martin Hantke von der Informati-

onsstelle Militarisierung zu diesem Thema.

Teuer und gefährlich

Dieser Dienst geht ins Geld. Deshalb plant man Umschichtungen beim EU-Budget: Mehr Geld für die EU-Diplomaten auf Kosten der Regionalförderung und der Subventionen für die Landwirtschaft. Beide Kürzungen könnten unser Land empfindlich treffen. Noch mehr Steuergeld als bisher wird für die EU-Bürokratie aufgewendet.

Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist für ein neutrales Land wie Österreich noch gefährlicher. Die EU-Diplomaten sollen nämlich traditionelle Außenpolitik und die EU-Militärpolitik zusammenführen und künftige Militäreinsätze planen. Dabei gibt es keine Kontrolle durch das EU-Parlament. Wo es um Krieg und Frieden geht, hat es nichts mitzureden.

Alle operativen militärischen und zivilmilitärischen

Strukturen sollen Teil des Europäischen Außenpolitischen Dienstes (EAD) und so dem Hohen Vertreter unterstellt werden. So wird der zuvor beim Rat ansässige EU-Militärstab ebenso in den EAD integriert, wie das Situation Centre (SitCen), die Nachrichtensammelstelle der EU. Vor allem aber sollen die gleichsam bisher im Rat angesiedelten Generaldirektionen E-VIII, zuständig für die militärischstrategische Einsatzplanung, und Abteilung E-IX (zivile Einsatzplanung) im EAD aufgehen.

Wo bleibt Neutralität?

Zivile und militärische Aspekte der EU-Politik werden so institutionell verzahnt und verwischen damit bis zur Unkenntlichkeit. Es geht um imperiale Machtpolitik aus einem Guss. Es geht um Gewaltverschmelzung zugunsten der internationalen Durchsetzung von Kapitalinteressen der drei großen EU-Mitgliedstaaten

SPITZENGAGEN

Sie sind fast unbekannt, aber mächtig: Die neuen Spitzenleute der EU Van Rompuy und Lady Ashton. Und sie kassieren: Pro Jahr erhalten sie mehr als 300.000 Euro aus unseren Steuergeldern. Sie selbst zahlen dafür fast keine Steuern.

Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

Keiner weiß genau, wie hoch die Rechnung ist. Allein es ist schon klar, wer die Zeche dafür bezahlen wird. In der Erklärung der Staats- und Regierungschefs heißt es dazu: „Wir erkennen an, dass der GASP-Haushalt (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) den Erfordernissen unserer Politik und den gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen angemessen sein sollte.“

Die Aufrüstungsverpflichtung des EU-Vertrages wird damit ganz konkret umgesetzt. Und Kanzler Faymann hat dazu „Ja“ gesagt. In Österreich hat man bisher geleugnet, dass diese Verpflichtung existiert und behauptet, dass sich unser Land heraushalten könnte.

Die neuen EU-Diplomaten sind nicht Leute vom Schlag eines Graf Bobby, sondern beinharte Interessensvertreter der Konzerne.

ECE GIBT IN GRAZ AUF

Aus für Shoppingriesen: Blamage für die Rathauskoalition



Die deutsche Shopping-Kette ECE holt sich in Graz kalte Füße. Konkurrent Spar macht das Rennen um Gründe beim Bahnhof.

Die ÖVP-Werbestrategen werden sich jetzt etwas Neues einfallen lassen müssen“, so die Grazer Wohnungstadträtin Elke Kahr (KPÖ) zum Scheitern der Firmengruppe Otto, die sich vom Bau eines riesigen ECE-Einkaufstempels am Bahnhofsgürtel zurückgezogen hat. Gerade die ÖVP hat sich massiv für das Projekt eingesetzt – über die Proteste der Bewohner hinweg.

Die Grazer KPÖ stand dem Projekt von Beginn an kritisch gegenüber, weil es viele Probleme aufgeworfen hätte, von einer extremen Verkehrsbelastung in der Umgebung bis Jobverlusten im Zentrum wegen des Abwerbens von Ge-

schäften. Insgesamt freut sich die KPÖ, durch ihre kritische Haltung zur jetzigen Entwicklung beigetragen zu haben.

„Neben der ÖVP sind auch SPÖ und FPÖ die Blamierten, die im Vorjahr den umstrittenen Bebauungsplan für dieses Viertel im Gemeinderat durchgedrückt hatten“, sagt Elke Kahr. Zuvor gab auch das Land grünes Licht für das umstrittene Projekt.

Das Rennen machte schlussendlich Friedrich Poppmeier, Oberhaupt der Spar-Gründerfamilie. Er kaufte um 7,5 Millionen Euro die fürs ECE reservierten Grundstücke und verhindert damit die Konkurrenz für „seinen“ Citypark.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ-Elke Kahr,
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Fax 71 62 91 oder E-Mail:
stadtblatt@kpoe-graz.at

MEINUNG



Ernest Kaltenegger,
KPÖ-Klubobmann im Landtag

Nichts gelernt!

Zu Beginn der derzeitigen Krise wurde schlagartig vielen Menschen die Bedeutung des öffentlichen Eigentums klar. Auch Politiker fast aller Parteien beeilten sich so zu tun, als ob sie die Lehre aus der dramatischen Entwicklung verstanden hätten. Das gab zur Hoffnung Anlass, den schließlich waren es oft gerade sie, die noch kurz zuvor eifrig für die Verschönerung von Eigentum der öffentlichen Hand gestimmt haben.

Besonders einfach ging dieser Ausverkauf, wenn es sich um Güter gehandelt hatte, die zwar der Allgemeinheit gehörten, jedoch einer von der öffentlichen Verwaltung ausgegliederten Gesellschaft übertragen wurden. Dort gelten andere Regeln als vergleichsweise für die Landesverwaltung. Möchte diese zum Beispiel Immobilien verkaufen, so müsste sie die Zustimmung des Landtages einholen. Dadurch ist auch eine demokratische Kontrolle im Interesse der Bevölkerung gewährleistet. Bei

einer ausgelagerten Gesellschaft schaut es ganz anders aus. Dort muss unter Umständen nur der Aufsichtsrat zustimmen. Die Bevölkerung erfährt von solchen Verkäufen vielleicht aus der Zeitung.

Die KPÖ im Steiermärkischen Landtag wollte einem schleichenden Ausverkauf einen Riegel vorschieben und beantragte die Einführung von Regelungen, die die ausgegliederten Landesgesellschaften verpflichten sollen, vor jeder großen Vermögensveräußerung den Landtag zu befragen. SPÖ, ÖVP und Grüne stimmten gegen diese Schutzmaßnahme für das öffentliche Eigentum. Sie haben aus der Entwicklung in letzter Zeit offensichtlich nichts gelernt. Dafür dürfen wir uns aber bei der nächsten Zuspitzung der Krise sicher wieder salbungsvolle Reden anhören.

Ernest Kaltenegger,
0316 / 877 5104
stadtblatt@kpoe-graz.at

Weniger zahlen für Strom

Bezieher von Sozialhilfe oder Ausgleichszulage können sich von der „Ökostrom-Zählpunktpauschale“ befreien lassen. Sie macht jährlich 18 Euro aus. 20.000 Steirer sollen laut Estag-Chef Kois davon profitieren.

Anspruchsberechtigt sind Alleinstehende mit einem Haushalts-Nettoeinkommen

von maximal 783,89 Euro, bei Paaren höchstens 1.175,75 Euro. Für jedes Kind kommen 82,16 Euro dazu.

Für die Bezieher von Notstandshilfe hält der Strom-Vertrieb „Energie Steiermark“ zusätzlich 30 Tage Gratis-Energie bereit.

Anträge und Infos: Tel. (0316) 90 00-53 699.

DEUTSCHER PFLEGEFONDS VERSPRICHT HOHE GEWINNE

Spekulanten kassieren Pflegegeld

Private Pflege kostet das Land Millionen pro Jahr. Deutscher Fonds kassiert auf Kosten von Gepflegten und Personal.

Pflege ist ein eiskaltes Geschäft, wie das Engagement des deutschen Pflegefonds Immac in Österreich zeigt. Fünf Pflegeheime in der Steiermark und eines in Niederösterreich gehören den Deutschen. 100 Millionen Euro hat Immac dafür bezahlt. Mehr als 188 Millionen will man in 25 Jahren damit verdienen. Bezahlen sollen die Gepflegten und das Land Steiermark.

Um 50 Millionen pro Jahr wolle man sich weiter in die Pflege und in hochwertige Objekte einkaufen, weil das Interesse der Anleger hoch sei, sagt Immac-Chef Marcus Schiermann zum Wirtschaftsblatt. Pflege als krisensicheres Geschäft für betuchte Aktionäre, denen Dividenden wichtiger sind als das Wohlergehen der Gepflegten oder gute Gehälter fürs Personal.

In der Steiermark will man damit aufräumen. Auf Antrag der KPÖ hat der Landtag beschlossen, künftig nur noch öffentliche und gemeinnützige Pflegeheime seitens des Landes zu fördern.

Geschäftemacherei

Tatsächlich verdienen sich manche mit Pflegeheimen eine goldene Nase. Im allgemeinen Privatisierungswahn wurden viele Pflegeheime an Private abgegeben. So etwa in Knittelfeld. Das Seniorenheim der Gemeinde wurde geschlossen, dafür baute die Kräutergarten-Gruppe von BZÖ-Mann Harald Fischl und Gerhard Moser (Sohn des ehemaligen SPÖ-Bau-tenministers) ein 120-Betten-Haus, das von der Gemeinde zurückgepachtet wurde. Für die Führung des Heims kassiert die Kräutergarten-Gruppe 2009 rund 536.000 Euro.

Steiermark gemolken

Angesichts dieser Summen ist ganz klar, dass Investoren

auf krisensichere Gewinne schielen. Wie die Immac, die das Knittelfelder Heim gekauft hat. Die Kräutergarten-Gruppe ist nur noch Mieter. Das absurde Konstrukt: Die Gemeinde zahlt Pacht an die Kräutergarten-Gruppe und diese Miete an die Immac. Nur die KPÖ war gegen diese Konstruktion, bei der die Gemeinde, das Land und die Gepflegten in die Taschen greifen müssen und Kräutergarten und Immac verdienen.

Letztere zum Beispiel mit dem „Pflegezentren Austria V Renditefonds“. Den macht man Anlegern damit schmackhaft, dass die betreibende Kräutergarten-Gruppe „langfristige Verträge über den Versorgungsauftrag mit den Bun-

desländern“ habe. Kein Risiko also für die Anleger, gemolken werden die Gepflegten und die öffentliche Hand. Den Anlegern, die mindestens 20.000 Euro locker machen müssen, prophezeit man beim „Pflegezentren Austria V Renditefonds“ eine Ausschüttung von 188,5 % der Kapitalanlage im Verlauf von 25 Jahren! Aus 20.000 werden damit 57.600 Euro, aus 100 Millionen 288. Ein Bombengeschäft.

„Es freut uns, dass man von der Praxis abweicht, die stationäre Pflege nur am Gewinn interessierten Betreibern zu überlassen. Wir dürfen nicht akzeptieren, dass sich private Heimbetreiber mit Steuermitteln eine goldene Nase verdienen“, sagt KPÖ-Landtags-abgeordneter Werner Murgg.



Protest: Fondsbesitzer verdienen sich eine goldene Nase, Pflegepersonal wird schlecht entlohnt. Am 14. Jänner protestierten Zehntausende in ganz Österreich gegen die schlechte Bezahlung im Pflegebereich. Die Grazer KPÖ unterstützte dies im Gemeinderat mit einem Dringlichkeitsantrag.

INFO ALTENPFLEGE

KPÖ - Broschüre zur Pflege: Bestellungen: KPÖ-Landtagsklub, Tel. (0316) 877-5102 oder per E-Mail an georg.fuchs@stmk.gv.at

Wie wollen wir Pflege?

Unser Ziel: Altern in Würde und keine Ausbeutung der Beschäftigten

Vorsitzende der steirischen KPÖ Frau Pflegerin

ZU WENIG KONTROLLEN, EINBETTZIMMER-ZUSCHLÄGE

Weiter Missstände in der Altenpflege



In der Altenbetreuung und Pflege gibt es noch viel zu tun.

Die Steirer werden älter, die Probleme im Bereich der Altenpflege werden nicht geringer. Die KPÖ setzt sich für einen menschenwürdigen Lebensabend ein.

Im November hat der Landtag auf Antrag der KPÖ beschlossen, dass nur mehr Pflegeheime der öffentlichen Hand oder von gemeinnützigen Trägern (zB die Caritas oder Volkshilfe) einen Vertrag mit dem Land bekommen. Damit soll Schluss sein mit der Geschäftemacherei mit der Altenpflege auf Kosten des Landesbudgets und der Beschäftigten.

KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg rechnet vor, welche Gewinne private Betreiber

Renate Pacher
(KPÖ-Landtags-
abgeordnete):
„Wir konnten
durchsetzen,
dass der Pflege-
schlüssel nicht
mehr unterschritten werden darf.“



machen: „Die Fischl-Moser Gruppe (Käutergarten-Heime) machte 2006 allein mit dem Heim in Trofaiach einen Gewinn 300.000 Euro. Gleichzeitig stöhnten Gemeinden und Land unter steigenden Zuschüssen. Profitmacherei hat im Pflegebereich nichts verloren.“

Mehr Missstände

Seit Jahren kritisiert die KPÖ, dass private Heimbetreiber gewaltige Gewinne einstreifen, während die Kosten für die Betroffenen, Land und Gemeinden ständig steigen. Dazu leidet das Pflegepersonal unter schlechter Bezahlung und Stress – und darunter leidet wiederum die Qualität der Pflege.

Um diesen Missständen entgegenzuwirken, hat die KPÖ weitere Initiativen im Landtag gesetzt. Der Einbettzimmer-Zuschlag muss endlich abgeschafft werden, fordert KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher: „Ein Einbettzimmer sollte eine Selbstverständlichkeit sein.“

0,9 PROZENT GEHALTSERHÖHUNG IM PFLEGEBEREICH

Meine Arbeit ist mehr wert

Beschäftigte in Pflegeheimen sollen mit 0,9 % mehr Gehalt abgespeist werden. Das unakzeptable Angebot führte zu bundesweiten Protesten.

0,9 Prozent mehr Gehalt für das Personal – das Angebot der Heimbetreiber ans schwer arbeitende Pflegepersonal war ein blanker Hohn. Kein Wunder, dass es am 14. Jänner zu bundesweiten Protesten kam. Die KPÖ steht voll dahinter. „Diejenigen Menschen, die gepflegt werden, aber auch jene, die pflegen, verdienen die besten Bedingungen“, sagt KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher.

Die 80.000 Beschäftigten

in der Pflege sollen mit einer Gehaltserhöhung von 0,9 Prozent abgespeist werden, die sich an der Beamten-Erhöhung orientiert. Allerdings ohne die anderen Vorteile eines Beamten-Dienstverhältnisses.

Das schrie geradezu nach Protesten. So sammelt der Betriebsrat der Caritas unter dem Titel: „Ich fordere mehr, denn meine Arbeit ist mehr wert“ Unterschriften für eine gerechte Einkommens-Erhöhung. Durch den Abbruch der Verhandlungen gab es für die in der Pflege Beschäftigten mit 1. Jänner keine Gehaltserhöhung. Betroffen davon sind die MitarbeiterInnen, die dem Diakonien- und dem BAGS-Kollektivvertrag unterliegen.

„Eine Erhöhung von 0,9 Prozent ist völlig unakzeptabel. Die Pflege ist ein verantwortungsvoller und schwerer Beruf und verdient eine faire Bezahlung“, so Renate Pacher, „die Beschäftigten in der Pflege haben die Krise nicht verursacht, warum sollten sie nun dafür büßen?“

**Helfen statt reden
Mit Rat und Tat!**

KPÖ Notruf 0316/ 877 5102

Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten, Landhaus.

flickr/fiRas

Noch mehr Schulden im Land

- Maßnahmen gegen die Plastikflut
- Transparente Förderungen
- Wohnbeihilfe anpassen
- Kündigungsschutz für Lehrlinge

Das Doppelbudget 2009/2010 kann nicht eingehalten werden. Vor allem die budgetierten Einnahmen brechen weg. Mit Schuld ist der schlecht verhandelte Finanzausgleich mit dem Bund.

Durch die Krise und die Steuerreform gehen die Steuereinnahmen des Bundes zurück. Während der Finanzminister milliardenschwere „Bankenrettungsaktionen“ (etwa für die vom BZÖ in die Pleite getriebene Kärntner Hypo) für nötig hält, bekommen Länder und Gemeinden immer weniger Geld. In der Steiermark haben sich SPÖ und ÖVP darauf geeinigt, 112,6 Millionen Euro an neuen Schulden aufzunehmen.

Zur Erinnerung: Das steirische Budget macht knapp

fünf Milliarden Euro aus, die Gesamtverschuldung liegt bei fast 1,5 Milliarden. Die KPÖ kritisierte diese Budgetkorrektur für 2010. KPÖ-LAbg. Werner Murgg zu Finanzlandesrat Christian Buchmann (ÖVP): „Man kann das Budget auf zwei Arten sanieren. Durch Einsparungen oder neue Einnahmen. Statt neue Einnahmen zu erschließen, wollen Sie einen radikalen Sparkurs fahren.“

Im Vorfeld der Debatte sickerte durch, dass SPÖ und ÖVP ab 2011 viele wichtige Ausgaben um 25 Prozent kürzen wollen. Werner Murgg: „Sagen Sie den SteirerInnen vor der Wahl, welche Leistungen wegfallen. Das zu erfahren, haben die Menschen ein Recht!“ Die KPÖ fordert eine einnahmen-seitige Budgetsanierung. Allein eine Nahverkehrsabgabe für

Unternehmer nach Wiener Vorbild würde im Jahr mindestens 25 Millionen Euro bringen, die Anhebung der Spielautomatenabgabe auf Wiener Niveau 50 Millionen Euro.

Wichtig sei vor allem ein anderer Finanzausgleich. Murgg: „Zur Rettung von durch kriminelle Machenschaften in Schieflage geratene Banken werden die Milliarden hinausgeblasen. Für Länder und Gemeinden ist kein Geld da!“ Die KPÖ stimmte gegen das Budget.

Gegen die Plastikflut

Debattiert wurde der jährliche Umweltschutzbericht des Landes. Ein Antrag der KPÖ, die Landesregierung aufzufordern, im Bereich des Landes Konzepte gegen die Plastikflut zu entwickeln, wurde einstimmig angenommen. In Graz etwa tes-

tet man Plastik-Einweggeschirr für Kindergärten, Schulen und Horte.

Schneller zum Recht

Der Steirische Sozialbericht lag dem Landtag vor. Claudia Klimt-Weithaler machte auf die oft viel zu langen Wartezeiten bei der Bearbeitung von Anträgen Betroffener aufmerksam. Hier müssten Menschen oft bis zu ein Jahr auf einen Bescheid und oft auf dringend nötiges Geld warten.

Transparenz

Die ÖVP wünscht sich ein sogenanntes „Transferkonto“. Dabei sollen alle sozialen Leistungen, die jemand bekommt, aufgelistet werden. So will die ÖVP die, wie sie es nennt, „soziale Treffsicherheit erhöhen.“ Die KPÖ sieht darin den Versuch, die



KPÖ Landtagsabgeordnete Claudia Klimt Weithaler:
„Wir freuen uns, dass es uns immer wieder gelingt im Landtag Verbesserungen für die Menschen durchzusetzen.“

EmpfängerInnen von Sozialleistungen zu verunsichern.

KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: *„Da geht es nur um Einsparungen. Bei Wirtschaftsförderungen will die ÖVP von Transparenz nichts hören.“* Der ÖVP-Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, KPÖ und Grünen abgelehnt.

Wohnbeihilfe

Einen weiteren Kritikpunkt ortet die KPÖ bei der Wohnbeihilfe. Klimt-Weithaler: *„Die Wohnbeihilfe gehört schon längst wertgesichert. Es kann nicht sein, dass beispielsweise Ausgleichsbezieher bei einer kleinen Pensionserhöhung dann weniger Wohnbeihilfe bekommen.“* Die KPÖ hat bereits Anträge zur Wertanpassung eingebracht. Diese wurde aber von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Schutz für Lehrlinge

Im Juni 2008 wurde in Österreich der Kündigungsschutz für Lehrlinge gelockert. ÖVP und SPÖ führten dieses skandalöse Vorhaben gemeinsam durch, statt etwas gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu unternehmen. Im Landtag brachte die KPÖ nun einen Antrag auf Wiederherstellung des Lehrlings-schutzes ein. Dieser wurde aber mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ abgelehnt.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Ernest Kaltenegger, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Absicherung für Pflegeeltern

Pflegeeltern sollen ab 2010 angestellt und sozialversichert sein.

Auf Initiative der KPÖ hat der Landtag die sozialrechtliche Absicherung von Pflegeeltern beschlossen. Eine Anstellung für Pflegeeltern nach dem BAGS-Kollektivvertrag (für Gesundheits- und Sozialberufe) soll 2010 kommen. Pflegemütter und -väter haben dann Anspruch auf

Pensions-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung. *„Pflegeeltern übernehmen Kinder in Ausnahmesituationen. Dass ihnen für die herausfordernde Arbeit bisher nicht einmal eine minimale Absicherung zustand, war untragbar“*, freut sich KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler.

In Graz können 500 Kinder nicht bei den eigenen Eltern leben, nur 200 davon sind in Pflegefamilien versorgt.

Kinder-Reha in die Steiermark

Heilung für Kinder

Ein Rehabilitationszentrum für schwer verletzte oder kranke Kinder gibt es in Österreich noch nicht. KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger schlug im Landtag vor, in der Steiermark so ein Zentrum zu errichten. Graz wäre ein sinnvoller Standort.

In der Schweiz und in Deutschland sind derartige Einrichtungen für Kinder, in denen

Angehörige mitbetreuen und mitbetreut werden, längst Standard. Eine Betreuung mit pädagogischer und psychologischer Begleitung gibt es hingegen bei uns ebenso wenig wie eine Regelung, wann ein Kind einen Anspruch auf Rehabilitation hat. Im steirischen Gesundheitsplan kommt die Kinderrehabilitation nicht vor.

Politik für die Leute

Bei Wahlkämpfen sparen

Für 2010 plant die steirische Politik teure und exzessive Wahlkampfkosten ein. Wenn dann die Pfründe verteilt sind will man wieder bei den Leuten „sparen“.

Dass Politik oft ein unmoralisches Geschäft ist, zeigen die hohen Kosten, die für Politikergehälter und Parteienfinanzierung anfallen. *„Immer unüberschaubarere Summen verleiten die Großparteien dazu, das Geld steuerschonend in Stiftungen zu parken, bis es gebraucht wird“*, meint KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weitha-

ler. Zu zweifelhaftem Ruhm kam damit die SPÖ.

Die Nationalratswahl 2008 kostete die SteuerzahlerInnen 33,5 Millionen Euro, bei der Wahl 2006 waren es gar 40 Millionen Euro. Die Gehälter der Politiker übersteigen normale Arbeitseinkommen um ein Vielfaches. Kein Wunder, dass viele Politiker kein Mittel scheuen, um an begehrte Posten zu kommen.

Die steirische KPÖ schlägt eine strikte Beschränkung der Wahlkampfausgaben vor. Angesichts der Verschlechterungen für die Leute ist Bescheidenheit statt Protz gefragt.



Aus dem
Steiermärkischen
Landtag
Initiativen, Berichte,
Dokumente

Günstiger Strom

In einer Dringlichen Anfrage an LH Voves wollte KPÖ-Abg. Werner Murgg wissen, warum eine Strompreissenkung bisher nicht erfolgt sei, obwohl es Landtagsbeschlüsse gibt. „Wir müssen weg von Beihilfen und Wahlgeschenken und hin zu leistbarem Strom für alle“, so KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler. An der Börse wird Strom billiger als 2006 gehandelt, man zahlt allerdings wesentlich mehr. Die KPÖ fordert einen „Steiermark-Tarif“ mit 5 Cent pro kWh (derzeit 7 Cent pro kWh).



Gleicher Lohn

In Österreich gibt es immer noch eine große Kluft zwischen Frauen- und Männer-Einkommen. KPÖ Abgeordnete Claudia Klimt Weithaler setzte sich im Landtag für Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter im Arbeitsleben ein.

Schuldbefreiung

Der private Schuldenberg wächst – der Sozialbericht des Landes zeigt viele Gründe der Verschuldung auf: Arbeitslosigkeit und schlechte Einkommen, Konsumkredite, Formen der „neuen Selbstständigkeit“. Die Gesetzeslage macht die Schuldner zu Freiwild für die Gläubiger. Eine Restschuldbefreiung ist im Großteil der Fälle unmöglich, weil die erforderliche Rückzahlungsquote nicht erreicht werden kann. Eine Reform des Privatkonkurses ist dringend notwendig.

THERMEN, EVENTCENTER UND CO.

Krise treibt steirische Gemeinden in den Ruin

Teure Event-Politik. Graz sitzt nach Bau von Prestigeobjekten auf einer Milliarde Euro Schulden. Fohnsdorf schaufelt mit Therme ein Millionengrab, Mariazeller Veranstaltungszentrum ist nach einem Jahr Pleite.

Gerne sonnt sich mancher Politiker im Licht der Eröffnung eines Prunkbaus. Aber allzuoft gibt es Probleme. Die **Therme Aqualux** in Fohnsdorf hat ebenso Probleme wie die **Thema Nova** in Köflach. Dem neuen **Europeum in Mariazell** (Wellness Center und Veranstaltungssaal) fehlen die Gäste. Und in Graz haben **Kunsthhaus, Stadthalle, List-Halle, Dom im Berg** und Co. nachhaltige Löcher in die Gemeindekasse gerissen.

Fohnsdorf (SPÖ-Gemeinde) sitzt auf Darlehensschulden von 24 Mio. Euro, Leasingverpflichtungen von rund 4,5 Mio. Euro und Haftungen in der Höhe von rund 34 Mio. Euro, sagt ein Prüfbericht der Gemeindeaufsicht. Ohne den Bau eines Hotels könne die Therme zusperrten, zwei Mio. Euro musste das Land allein bis Ende 2009 nachschießen. Trotz der enormen Schulden hat die Gemeinde auf viele Einnahmen verzichtet und gesetzeswidrige Wirtschaftsförderungen abgewickelt.

Nicht viel besser dran ist Mariazell. Das Seminarzentrum „Europeum“ ist nach einem Jahr Pleite. Es kostete 13 Mio. Euro, nun musste das Land mit 1,5 Mio. Euro einspringen.

Schuldenkaiser ist allerdings **Graz**: Man sitzt auf mehr als einer Milliarde Euro Schulden. Auch hier liegt es zu einem Gutteil an Bauprojekten wie Stadthalle,

Kunsthhaus oder Messehalle A. Viele weitere steirische Gemeinden haben Finanzprobleme. Trieben war schon bankrott.

Die KPÖ hat im Landtag beantragt, dass Gemeinden besser kontrolliert werden. Bedenklich

ist, dass die SPÖ dagegen stimmt. „Es ist unverständlich und auch bezeichnend, dass eine Partei gegen eine Kontrolle ist“, sagt KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher, denn die Missstände gefährden viele Gemeinden.

für Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren

kinderland
Steiermark

WINTERWOCHE
in ST. RADEGUND

13. bis 19. Februar 2010
Kinderlandvilla St. Radegund

- Vollpension
- 7 Tage Betreuung durch ein qualifiziertes Team
- Hin- und Rückreise (Graz - St. Radegund - Graz)
- Gondelfahrt auf den Schöckel

Preis: € 159,-

Auskunft und Anmeldung:

 Mehlsplatz 2, 8010 Graz
 Tel.: 0316 / 82 90 70
 Fax: 0316 / 82 06 10
 office@kinderland-steiermark.at
 www.kinderland-steiermark.at

„Erst wenn das letzte öffentliche Eigentum verkauft, die Daseinsvorsorge privatisiert ist, die Wasserversorgung einem Weltkonzern gehört, werden die Menschen feststellen, dass Banker und Börsenspekulanten unser Leben zerstören.“



flickr/war-ti

KURZ BERICHTET

Sparen bei Behinderten

Die Stadt spart beim Behindertentaxi. Statt wie bisher sechs sollen behinderte Menschen mit einem kleinen Einkommen nur noch vier monatliche Taxifahrten ersetzt bekommen. Die KPÖ ist gegen diese Sparpläne. „Für alles hat man Geld, aber wenn es um Sozialleistungen geht, heißt es, hier muss eingespart werden“, stellt KP-Klubobfrau Ina Bergmann fest. Sie befürchtet, dass die Maßnahme nur der erste Schritt zur Abschaffung des Behindertentaxis ist.

Sitzungspause

KP-Gemeinderat Andreas Fabisch kritisiert die lange Sitzungspause des Gemeinderates von 3 Monaten im Sommer. Bürgermeister und Stadtsenat schaffen sich damit zusätzliche Möglichkeiten, mit Hilfe von Ferialverfügungen ihre eigenen Süppchen zu kochen – über den Gemeinderat hinweg.

Schwarz-Grüne Trauung

Darüber, ob sich Homosexuelle im Trauungssaal des Rathauses das Ja-Wort geben dürfen, ist ein Zwist in der schwarz-grünen Ehe erwachsen. Die KPÖ hofft, dass sich die Grünen gegen ihren eingetragenen Partner ÖVP durchsetzen können.

REICHTUM

Das private Geldvermögen in Österreich macht 420 Milliarden Euro aus.

Den reichsten zehn Prozent der Österreicher gehört davon mehr als die Hälfte, dem reichsten Drittel gut 80 %.

Die Masse der ÖsterreicherInnen – also rund 6 Millionen Menschen – müssen sich mit 20 % des Geldvermögens zufrieden geben.

Die KPÖ setzt sich für eine Reichensteuer von 5% für alle ein, deren Geldvermögen größer als eine Million Euro ist.

KPÖ-EHRENVORSITZENDER VERSTORBEN

Willi Gaisch, 1922-2009



Willi Gaisch, 1922 - 2009

Der Ehrenvorsitzende der steirischen KPÖ hat am 10. Dezember im besetzten Hörsaal der Uni Graz einen Schlaganfall erlitten, während er über seine Erfahrungen im antifaschistischen Kampf 1938–1945 sprach. Am Tag darauf ist Willi Gaisch verstorben.

Geboren wurde Willi

Gaisch am 3. Juli 1922. Er stammte aus einer Arbeiterfamilie und lernte das Tischlerhandwerk. 1936 trat er dem Kommunistischen Jugendverband bei und im Jahr 1938 der KPÖ. Zweimalige Verhaftung und Verfolgung durch die GESTAPO hielten Willi Gaisch nicht ab, am antifaschistischen Widerstand teilzunehmen. Als „Illegaler“ in Graz lebend konnte er vor Kriegsende mehrmals knapp der Verhaftung entgehen.

Nach 1945 arbeitete er als Redakteur der Tageszeitung „Wahrheit“, als KPÖ-Bezirkssekretär in Graz, als steirischer Landessekretär und von 1979 bis 1991 als Landesobmann

der KPÖ Steiermark. Zweimal war er in den 1980er-Jahren Spitzenkandidat der KPÖ bei Landtagswahlen.

Am Programm der steirischen KPÖ arbeitete er bis zuletzt federführend. Herausragend waren seine Bemühungen, konkrete Vorschläge zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zum Ausbau einer Industrie zu machen, die sich im öffentlichen Eigentum befinden sollte. Dies war das „Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm der steirischen KPÖ“.

Willi Gaisch war in seinem langen politischen Leben nicht nur ein Mann der Theorie, er scheute sich auch vor keiner praktischen Arbeit.



KOMMENTAR

Von Peter Scherz,
Arbeiterkammer-
rat des GLB

Kein Interesse für Politik

Ob es um Finanzspekulationen, persönliche Bereicherung oder Bankenskandale (Bawag, Hypo Alpe Adria...) geht – immer wieder haben namhafte Politiker und Parteien ihre Hände im Spiel. Diese Entwicklungen geben ein Gefühl der Ohnmacht. Politikverdrossenheit macht sich breit. „Die Politiker sind doch alle gleich“, hört man oft.

Doch die Politik bestimmt die gesellschaftlichen Spielregeln. Und niemand kann sagen, er interessiert sich nicht für sein Leben. Man muss sich mit Politik auseinandersetzen, gerade damit die Politiker nicht nur ihre eigenen Interessen verfolgen.

Doch worauf soll man schauen? Gerade aktuell ist der BZÖ-FPÖ-Wiedervereinigungsklamauk, der uns von den eigentlichen politischen Entwicklungen ablenken soll. Ob BZÖ und FPÖ wieder zusammengehen, ist völlig egal. Das Hypo-Finanzdebakel und seine Folgen muss der kleine Steuerzahler berappen, ob er nun will oder nicht. Umso mehr sind politische Mandatäre gefragt, die nicht als Finanzspekulanten auf Kosten der Allgemeinheit in die eigene Tasche wirtschaften.

Die KPÖ in der Steiermark zeigt vor, dass es anders geht: Wir haben uns nicht an Aktienfonds beteiligt, sondern einen Sozialfond eingerichtet, der ausschließlich für diejenigen da ist, die aufgrund falscher Politik soziale Probleme haben.

Vielleicht sind doch nicht alle Politiker gleich? Urteilen Sie selbst, liebe Leserinnen und Leser! *Ihr Peter Scherz*



HUMMELKASERNE Wohnungen wichtiger als Gewinne!

Trotz Unterschriften zahlreicher Grazerinnen und Grazer: Bund will leistbare Gemeindewohnungen zur Zeit nicht ermöglichen.

In Graz eine leistbare Wohnung zu finden, ist nicht einfach. Wohnungsstadträtin Elke Kahr (KPÖ) weiß aus Erfahrung: „Immer mehr Menschen können sich die hohen Mieten auf dem privaten Wohnungssektor nicht mehr leisten.“ 5.200 Unterschriften Daher bemüht sich die KPÖ seit Jahren darum, dass die Stadt Graz das Areal der vom Bundesheer aufgelassenen Hummelkaserne erwerben und für die Bevölkerung nutzbar

machen soll. Einen entsprechenden Beschluss im Gemeinderat gab es bereits 2006. Darüber hinaus unterstützten über 5.200 Grazerinnen und Grazer mit ihrer Unterschrift die Forderung der KPÖ nach Gemeindewohnungen auf Kasernengrund.

Nutzen für alle

Im Sommer 2009 meldete die Stadt Graz offiziell bei der bundesheereigenen Immobiliengesellschaft SIVBEG das öffentliche Interesse am Areal der Hummelkaserne an. Doch die Generalprokuratur des Finanzministeriums sprach noch im Herbst des Vorjahres in einem Brief der Stadt Graz das öffentliche Interesse an der

Hummelkaserne ab.

Stadtrat Rüscher gab auf Anfrage von Gemeinderätin Gerti Schloffer bekannt, dass die Generalprokuratur ihr Nein mit „sachlich und fachlich falschen Aussagen“ begründet hat. Die Gemeinde braucht für die Landesförderung von Sozialwohnungen nämlich eigene Grundstücke.

Mit Briefen an Finanzminister Pröll und Staatssekretär Lopatka will die Stadt nun eine Meinungsänderung des Bundes erreichen. Elke Kahr: „Sozialer Wohnbau ist wichtiger als Gewinnstreben.“ Die durch den Kommod-Haus-Abbruch bekannt gewordene Immobilienfirma WEGRAZ interessiert sich nämlich für das Areal der Grazer Hummelkaserne.

FPÖ, BZÖ: Voller Einsatz – für die eigene Geldtasche

Die Abkassierer

- Der Grazer FPÖ-Altbürgermeister Alexander Götz kassiert eine monatliche Pension von 14.800 Euro.
- 600.000 Euro Förderung für EU-Mandat von Ewald Stadler. Dieser hatte im Juni 2009 versichert, er wolle das Mandat keinesfalls annehmen. Es ist dem BZÖ nur aufgrund des Lissabon-Vertrags zugesprochen worden.
- Mehrfachfunktionär Grosz verdient über 10.000 Euro als Nationalratsabgeordneter und Gemeinderat in Graz. Selbst bei einem teilweisen Verzicht liegt er damit weit über der von Jörg Haider einst ausgerufenen Einkommensgrenze von 60.000 Schilling (4360 Euro).
- Über 500.000 Euro kostete der Polizeischutz für die Grazer FPÖ-Kurzzeit-Stadträtin Susanne Winter. Wenige Monate nach Amtsantritt wurde sie gerichtlich verurteilt.
- In Kärnten gönnte das BZÖ nach der Landtagswahl 2009 allen Parteien eine kräftige Erhöhung der Parteienförderung. Am meisten bekam das BZÖ selbst: von 17 auf 25,2 Mio. Euro, das bedeutet ein Plus von 40 Prozent bei der Parteienförderung.

Die Täuscher

- Seit der Trennung von FPÖ und BZÖ wechseln Funktionäre immer wieder zwischen den beiden Parteien hin und her oder gründen, siehe „FP Kärnten“, neue Gruppierungen. So ist ein Maximum an Fördermitteln garantiert.
- Nach der verlorenen EU-Wahl im Juni 2009 versicherte BZÖ-Spitzenkandidat Stadler, auch im Falle einer Aufstockung der Mandate seinen Parlamentssitz nicht anzunehmen. Nun hat er es sich anders überlegt, immerhin winken 600.000 Euro.
- FP-Chef Strache legte 2006 eine eidesstattliche Erklärung vor, „keinerlei Plattformen mit einem BZÖ“ einzugehen. Nun hat er es sich anders überlegt, immerhin winken 1,4 Mio. an Parteienförderung.
- Karl-Heinz Grasser wandelte sich vom FPÖ-Politiker zum BZÖ-Anhänger zum ÖVP-Minister, um schließlich in Julius Meinls Finanzimperium Unterschlupf zu finden. Grassers Freunde und Bürokollegen Peter Hochegger und Walter Meischberger kassierten im Rahmen der Verscherbelung der BUWOG-Wohnungen während Grassers Amtszeit 10 Mio. Euro an Provisionen.
- FPÖ-Parlamentspräsident Martin Graf wirtschaftete 2006 das einst angesehene Forschungszentrum Seibersdorf herunter, dann verließ er das sinkende Schiff – aber nicht ohne 220.000 Euro Abfertigung und eine Prämie in der Höhe von 50.000 Euro.

Die Hintermänner

FPÖ und BZÖ geben gerne vor, sich um die „kleinen Leute“ zu kümmern. In Wirklichkeit ziehen in diesen Gruppierungen Banker und Multimillionäre die Fäden.

- Der neoliberale Milliardär Thomas Prinzhorn war 1999 Spitzenkandidat der FPÖ.
- Der Bankmanager und Monarchist Matthäus Thun-Hohenstein wurde vom BZÖ im EU-Wahlkampf als Kandidat aus dem Hut gezaubert.
- Ex-Veit Schalle, 2006 BZÖ-Kandidat auf dem zweiten Listenplatz hinter dem rechtskräftig verurteilten Straftäter Westenthaler, war bis zu seiner Pensionierung als Generaldirektor von Billa/Merkur/Penny Markt einer der einflussreichsten Manager Österreichs.
- Harald Fischl, Wienerwald-Besitzer und Inhaber eines Pflegeheim-Imperiums, ist steirischer BZÖ-Vizechef.
- Der Grazer FPÖ-Stadtrat Mario Eustacchio war vor seiner Amtszeit Banker und Aktienhändler.



KOMMENTAR

VON LUTZ
HOLZINGER

Trotz Pleite weiter geöffnet

Im Baugewerbe übernehmen oft Subauftragnehmer die Drecksarbeit. An diese Vorgangsweise erinnert das Treiben der Funktionäre der FPÖ und ihrer verschiedenfarbigen Ableger. Sie arbeiten mit Lug und Trug und pfeifen sich nicht das Geringste, wenn sie wie das Dörfner/Scheuch-BZÖ/FPK im Fall Hypo Alpe Adria ein ganzes Bundesland finanztechnisch in den Abgrund stürzen. (Das Land hat Haftungen über 18 Milliarden Euro übernommen!).

Seit langem ist bekannt, wie die Haider-Partie zu ihrem Wort steht: Das seinerzeitige Gelöbnis, Politikerbezüge über 60.000 Schilling in einen Sozialfonds zu stecken, hat sich rasch als Latriengerücht entpuppt. Auf derselben Linie liegt die schamlose Selbstbedienungsmentalität, die Grasser und Konsorten beim Verkauf der BUWOG-Wohnungen oder die diversen VerkehrsministerInnen in der blau/orangen Ära bei Postenbesetzungen von ASFINAG und ÖBB an den Tag gelegt haben.

Wenn es eng wird, kommt eine Kindesweglegung als Rettungsanker. So mutierte das Kärntner BZÖ zu einem Anhängsel der Bundes-FPÖ. Unter dem Motto: trotz Pleite weiter geöffnet! Das wird dadurch unterstrichen, dass der aus dem Hypo-Verkauf finanzierte Zukunftsfonds weiter geplündert wird.

DER ABKASSIERER
MIT VOLLEM EINSATZ

DER MENSCHENRECHTSPREIS FÜR MANFRED OSWALD

Kriegsverbrechen aufgedeckt

Der Menschenrechtspreis des Landes geht an Manfred Oswald. Der pensionierte Bundesheer-Oberst setzte viele Zeichen für die zivilen Opfer der Militärgewalt und machte sich damit nicht nur Freunde.

„Gedenkstätten sind Orte des Lernens. Ich hab das alles gemacht, damit die Jugend aus den Fehlern der Vergangenheit lernen kann.“

Oberst. i. R. Manfred Oswald



Militäreinsätze fordern zivile Opfer: Oberst a.D. Manfred Oswald gab ihnen eine Stimme und bekam dafür den Menschenrechtspreis des Landes Steiermark.

Wenn ein Soldat sich kritisch dem Militär gegenüber verhält, macht er sich dort nicht nur Freunde. „Für die Masse der Kameraden war ich ein Nestbeschmutzer“, erzählt Manfred Oswald. Dennoch ließ sich der Fernmelde-Oberst nie davon abhalten, jenen eine Stimme zu geben, die keine mehr hatten: den zivilen Opfern der letzten beiden Weltkriege – und den Helden, die zum Schutz von Zivilisten ihr Leben ließen. Dafür bekam Manfred Oswald jüngst den Menschenrechtspreis des Landes verliehen.

Der Hartnäckigkeit des Offiziers im „Unruhestand“ ist es zu verdanken, dass am Feliferhof ein Mahnmal steht für Verbrechen der Wehrmacht, dass am Thalerhof ein Held gewürdigt wird, dass im Burgtor der Nazi-Gauleiter angeklagt wird. Und Oswald hat noch große Pläne.

Die hatte er erstmals 1958, als er in die Belgierkaserne einrückte. „Da erzählte mir der Koch, dass es hier im 2. Weltkrieg Erschießungskommandos gab als Abschreckung wegen Bagatelldelikten, dass er die Henkersmahlzeit machen musste wie im Mittelalter, dass dort Massengräber sind“, erzählt er, „aber alle anderen haben über diese Verbrechen geschwiegen.“ Für Oswald blieben zwei Möglichkeiten: Abrüsten und ein Leben lang schimpfen oder dabei bleiben und es besser machen. Er entschied sich für Letzteres. Der kaufmännische Lehrling machte die Matura nach, besuchte die Militärakademie und wurde zum moralischen Gewissen des Heeres.

Seine Hartnäckigkeit kostete ihn die Karriere, denn zu Beginn habe es noch viele Wehrmachts-Offiziere und Nationalsozialisten im Bundes-

heer gegeben, für die Kritik ein Feind war.

Im Lauf von 30 Jahren setzte er durch, dass am Feliferhof dort ein Mahnmal steht, wo 142 Menschen von der Wehrmacht erschossen und ins Masengrab verfrachtet wurden.

Er setzte durch, dass es Gedenkfeiern am jüdischen Friedhof zu Ehren der Getöteten im Ersten Weltkrieg gibt.

Er machte öffentlich, dass am Thalerhof im ersten Weltkrieg mehr als 2200 Menschen durch die k.u.k.-Armee „im ersten Konzentrationslager der Geschichte elendiglich zugrunde gingen“.

Und er grub sich durch Archive und Bibliotheken und deckte das Leben von Sigfried Uiberreither auf: Der ehemalige steirische Nazi-Gauleiter ließ hunderte Steirerinnen und Steirer hinrichten und lebte dennoch bis 1984 als

angesehener Mann unter falscher Identität in Freiheit. Seit 2008 gibt es ein Mahnmal im Burgtor.

Oswald hofft auf mehr: Im Burggarten beim Tränenkanal soll den 72.000 zivilen Opfern des 2. Weltkriegs in der Steiermark ein Denkmal gesetzt werden. Und er wartet auf die Seligsprechung von Josef Ritter von Gadolla. Der Grazer war 1945 Stadtkommandant von Gotha und verweigerte den Befehl, die dem Untergang geweihte Stadt bis zum letzten Schuss zu verteidigen. 10.000 Menschen wurden gerettet, Gadolla von der SS verhaftet und erschossen.

„Ein wahrer Held“, so Oswald. Dank ihm steht am Thalerhof ein Gadolla-Gedenkstein: „Und es wäre das höchste für mich, wenn Gadolla selig gesprochen wird, der sein Leben geopfert hat für andere.“

INTERNATIONALES ENERGIE-SEMINAR

„Die Eigentumsfrage ist eine Schlüsselfrage“

Von 22. bis 24. Jänner fand in Graz, veranstaltet vom Bildungsverein der KPÖ, das Energy Seminar 2010 statt. Zwei Tage lang berieten dabei Aktivist/inn/en, Gewerkschafter/inn/en und Wissenschaftler/innen aus der ganzen Welt Wege, das bestehende globale Energiesystem im Sinne seiner Beschäftigten und der Gesellschaft umzubauen.

Das Grazer Stadtblatt sprach mit dem Organisator des Seminars, dem englischen Autor Kolya Abramsky.

Energie, Arbeit, Klima. Wie hängen diese Themenbereiche zusammen?

Das globale Energiesystem betrifft uns alle mehr oder weniger. Zunächst sind da die vielen Menschen, die weltweit im Energiesektor oder im Bereich energieintensiver Industrien – wie etwa der Automobilindustrie – arbeiten. Für die Arbeiter/innen in diesen Sektoren ist es vor allem wichtig, dass sie nicht in Konkurrenz zu einander geraten, sondern gemeinsam für ihre Interessen kämpfen. Jemand der Braunkohle fördern muss, um sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen, ist nicht automatisch ein Feind desjenigen, der in der Windenergie arbeitet. Beide sind Teil eines Produktionsprozesses, über den sie nicht bestimmen können und der von anderen geplant wird.

Ein Umbau des Energiesystems könnte aber auch helfen, den Bedrohungen, die vom Klimawandel ausgehen, beizukommen?

Ja, klar. In Ecuador etwa gibt es lebendige Debatten darüber, ob man im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes Rohstoffvorkommen nicht einfach unter der Erde belassen sollte. Eine solche Debatte überhaupt führen zu können, zeigt schon, wie wichtig die Verstaatlichung von Rohstoffvorkommen wäre. Denn ein privater Unternehmer würde diesen Gedanken nicht auch nur im Entferntesten erwägen, kommt er doch dem freiwilligen Verzicht auf Profit gleich. Die entscheidenden Fragen auch in Bezug auf die Klimaerwärmung sind in diesem Zusammenhang: Wer bestimmt über den Energiesektor? Wer besitzt das Öl und wer die Kohlevorkommen? Wem

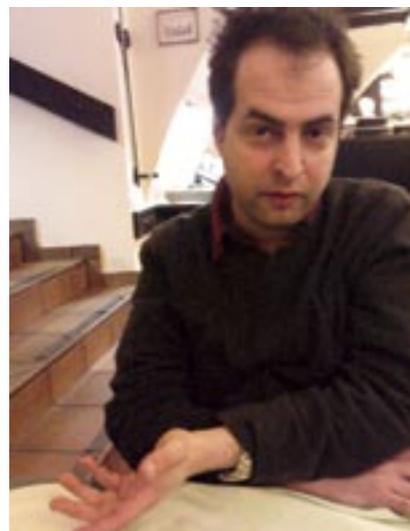
gehören die Elektrizitätsunternehmen? In den letzten Jahren gab es eine große Zahl an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die sich um diese Fragen gedreht haben. In Nigeria etwa, oder auch in Kolumbien, Südafrika und Indonesien.

Wie würden Sie in dieser Hinsicht, die Vorgänge in Venezuela und Bolivien beurteilen, wo auf Massenbewegungen gestützte Regierungen den Übergang von wesentlichen Bereichen des Energiesektors in Staatseigentum vorangetrieben haben?

Die Eigentumsfrage ist natürlich eine Schlüsselfrage. In den angesprochenen Ländern hat das zunächst vor allem dazu geführt, dass der Gewinn aus dem Energiesektor zur Finanzierung von Sozialprogrammen herangezogen werden konnte. Auf viele andere Fragen hat der bloße Umstand, dass der Staat über die Ressourcen verfügt, bislang keine Antworten gefunden.

Selbst verstaatlichte Energie- und Rohstoffindustrien müssen sich am Weltmarkt behaupten. Um das zu ändern, auch hinsichtlich einer nachhaltigen Umwelt- und Klimapolitik müsste man doch den freien Markt im globalen Maßstab abschaffen?

Ich meine, solange der freie Markt entscheidet, wie die Pro-



Im Gespräch: Kolya Abramsky

duktion und Verteilung von Energie zu funktionieren hat, werden wir kein einziges der damit verbundenen Probleme lösen. Weder die soziale Frage, noch den Klimawandel.

Das würde das kapitalistische System als Ganzes in Frage stellen.

Wäre das denn eine schlechte Sache?

Ich fände das großartig.

Na eben.



Katalog der neuen Bibliothek des KPÖ-Bildungsvereins: <http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at/bibliothek.phtml> oder unter <http://www.bibliotheken.at/>

Weitere Informationen zu Veranstaltungen und Bestellung von Büchern und Broschüren:

KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz • Lagergasse 98a

Tel. 22 59 31 oder 22 59 32

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Neuerscheinung

Manfred Mugrauer (Hg.): **90 Jahre KPÖ Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs**

Wien 2009 (Quellen & Studien, Sonderband 12)
ISBN 978-3-9501986-8-3, 348 S., 15.– Euro

Mit Beiträgen von Alexander Dinböck, Winfried R. Garscha, Heimo Halbrainer, Hans Hautmann, Ernest Kaltenecker, Christine Kanzler, Martin Krenn, Simon Loidl, Manfred Mugrauer, Gerhard Oberkofler, Franz Stephan Parteder und Irma Schwager.



zu beziehen über die Alfred Klahr Gesellschaft, Drechslergasse 42, 1140 Wien
klahr.gesellschaft@aon.at, www.klahrgesellschaft.at

WALTENDORF



Sinnlos

Im Zuge der Sanierung des Moelkweges vor ca. einem Jahr wurde beim Gehsteigende ein Geländer angebracht (siehe Bild). Dieses verläuft quer über den Gehsteig, sodass FußgängerInnen, die vom Janneckweg stadteinwärts kommend in den Moelkweg gehen wollen, auf die Straße ausweichen müssen. „Dieses Gestänge trägt keineswegs zur Sicherheit der

FußgängerInnen bei und sollte schleunigst wieder entfernt werden“, bestätigt KP-Gemeinderat Andreas Fabisch die Beschwerden der Anrainer.

Müllberge

Die Umgebung des Schloss Lustbühl ist als Ausflugsziel sehr beliebt. Man kann dort in schöner Umgebung spazieren gehen oder die seltenen Haustiere der Schauandwirtschaft bewundern. Im Winter steht den Kindern ein Rodelhang zur Verfügung, für Hunde gibt es eine eingezäunte Hundewiese zum Herumtollen und Spielen. Weniger schön sind die meist überfüllten Müllcontainer und -ablagerungen am Beginn der Schlosszufahrt. Das muss nicht so sein, meint KP-Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch. „Behinderterparkplätze wären hier den Besuchern eher dienlich“, regt er an.



LEND

Info-Stel(l)en

Bei der Lendplatzumgestaltung wurden vor 10 Jahren am Lendplatz 12 Meter hohe, rote Metallstelen mit LED-Leuchtschrift aufgestellt. Seit einigen

Monaten sind diese Stelen nicht mehr in Betrieb. KP-Bezirksrat Mag. Christian Carli regte an, die Stelen wieder einzuschalten und mit aktuellen bezirks- und stadtspezifischen Informationen zu bespielen. Einen



GRIES



Andrä-Schule

Vor kurzem war eine Ausstellung im Rathaus zu Ende. Zu sehen waren Bilder und Montagen, in welchen Kinder der Andräschule den Platz vor ihrer Schule zeichneten. Fazit: Die Kinder wünschen sich einen Platz, wo sie gefahrlos herumtollen und spielen können.

Tatsächlich ist die Verkehrssituation vor dem Schulgebäude eine ständige Gefahrenquelle. „Zur Entschärfung der Situation könnten ein Einbahnsystem und eine andere Anordnung der Parkplätze beitragen“, schlägt KP-Gemeinderätin Gerti Schloffer vor. Gemeinsam mit den KP-Bezirksräten Inge Arzon und Thomas Kovacic unterstützt sie den Wunsch von SchülerInnen und LehrerInnen nach einer verkehrsberuhigten Zone.

Minierfolg

36 Parkplätze sollten in der Josef-Huber-Gasse im

Abschnitt Lazarettgasse bis Idlhofgasse der „Busbeschleunigung“ zum Opfer fallen (wir berichteten).

Nach zahlreichen Beschwerden – auch von der KPÖ – wird die Maßnahme so gemildert, dass in der Nacht einige Parkplätze bleiben. Untertags von 7 bis 19 Uhr bleibt das Parkverbot allerdings im vollen Umfang aufrecht. Für die Lazarettgasse sind ähnliche Erleichterungen für die Anrainer im Gespräch.



Turnen für Große

Beim Altenwohnhaus in der Korösistraße gibt es nun Turngeräte für Erwachsene. Die Aufstellung der „Erwachsenenspielgeräte“ im Oeverseepark wur-

de im Rahmen des Projekts „Gesunder Bezirk Gries“ von KP-Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Inge Arzon beantragt. „Mir ist wichtig, dass die Fördergelder nicht nur in Erhebungen und Statistiken einfließen. Sie sollen den Menschen zugutekommen. Dass das Konzept gut angenommen wird, zeigt sich in Deutschland, wo es bereits zahlreiche Anlagen dieser Art gibt“, betonte Arzon.

Rast und Rost

Unter dem Motto „wer rastet, der rostet“ steht das Seniorenturnen in Gries, welches zu einem „Gesunden Bezirk Gries“ beitragen soll. Es findet zusammen mit dem Zentralverband der Pensionisten ab der letzten Märzwoche regelmäßig im Karl-Drews-Klub in der Lagergasse statt. Drei Euro kostet die Seniorenturnstunde einmal wöchentlich. Initiatorin ist KP-Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Inge Arzon, die auch für Rückfragen unter der Tel. (0664) 87 38 448 zur Verfügung steht.



ST. PETER

Kein Vorteil

Als Aufwertung für den Bezirk wollte Bezirksvorsteher Schröttner (ÖVP) bei der Bezirksratssitzung Anfang Dezember die Einrichtung eines „Competence Centers“ (CC) anstelle des Bezirksamtes darstellen. KP-Bezirksrat Stefan Gamsjäger sah das kritischer: „Man muss bedenken, dass kein zusätzliches Personal eingeplant ist, obwohl im künftigen Center auch Waltendorf – dort wird

diesbezüglichen Antrag möchte er bei der nächsten Bezirksratssitzung stellen.

Spar sperrt zu

KP-Gemeinderätin Mag. Uli Taberhofer setzte sich bei der Firmenleitung dafür ein, dass die Spar-Filiale Laudongasse so lange erhalten bleibt, bis ein Ersatz gefunden ist. In der Grazer Spar-Zentrale begrüßte man den Vorschlag, Zusage gab es aber nicht. „Das Erhalten der Nahversorgung und die Weiterbildung der Verkäuferinnen ist wichtig“, betont Taberhofer.

das Bezirksamt zugesperrt – mit betreut werden soll. Außerdem kann es uns nicht egal sein, wenn in ganz Graz Bezirksämter den Sparplänen der Regierung zum Opfer fallen.“ Der Bezirksrat stimmte im Sinne Gamsjägers – mit Ausnahme des Bezirksvorstehers – geschlossen gegen die Schließungspläne. Dass sie trotzdem durchgezogen werden, dafür zeichnet das Duo Nagl/Rücker verantwortlich.

**INNERE STADT****Wintergastgärten**

„Es ist ein Unfug, dass seit einiger Zeit Wintergastgärten in der Innenstadt genehmigt werden“, so Bezirksvorsteherstellverteter Franz St. Parteder (KPÖ). Elf Grazer Wirte haben derzeit eine Bewilligungen für Winter-Gastgärten.

Diese Gastgärten werden nämlich mit Gasheizungs-pilzen oder Elektrostrahlern beheizt. Der Energieverbrauch und der Energieverlust sind immens. Parteder: „Einige Bezirke in Wien haben sich bereits gegen diese Energie vernichtenden Wintergastgärten ausgesprochen.“

Im Büro der zuständigen Vizebürgermeisterin Rucker (Grüne) erklärt man zur Problematik, man sei gerade dabei, eine Arbeitsgruppe einzurichten.

Grazerhof zu

Das traditionsreiche Hotel Grazerhof in der Innenstadt



hat vor Weihnachten seine Pforten geschlossen. Jetzt steht es leer. Bezirksvorsteherstellverteter Franz Stephan Parteder (KPÖ): „Es wäre sinnvoll, hier Wohnungen mit günstigen Mieten zu errichten, statt die Zahl der Büros in der Innenstadt weiter zu vergrößern.“

Versammlung

Die Einladungen für Bezirksversammlungen landen häufig im Papierkorb, seit sie nicht mehr per Post

verschickt, sondern von Verteilerfirmen ausgetragen werden. Deshalb regen die Bezirksräte des 1. Bezirkes an, wieder zum bewährten Modell zurückzukehren und diese Einladungen mit der Post zu verschicken. Dann sind sie wenigstens im Briefkasten.

Übrigens: Die nächste Bezirksversammlung findet am 9. März um 19 Uhr im Rathaus (Gemeinderatssitzungssaal) statt.

**JAKOMINI****Weihnachtsfeier**

Das „Weihnachtssingen am Bauernmarkt“ erfreute sich auch heuer großer Beliebtheit, obwohl es kalt war. Dafür sorgte der Schneefall für eine schöne Weihnachtsstimmung. SchülerInnen der Volksschulen Schönau und der Krones sangen Lieder, musizierten und trugen Gedichte vor. Die Kinder wurden mit herzlichem Applaus, heißem Kinderpunsch und

MARIATROST**Raser stoppen!**

Der Wunsch der Bevölkerung nach mehr Geschwindigkeitskontrollen ist nicht zu überhören. Das gilt besonders für die Mariatrosterstraße, die Mariagrünerstraße und den Josefweg. „Das Verkehrsaufkommen

in unserem Bezirk nimmt ständig zu. Und das rücksichtslose Fahren zahlreicher AutofahrerInnen stellt eine ständige Gefahrenquelle dar“, betont KP-Gemeinderat Andreas Fabisch. Er appelliert an die Polizei, schwerpunktmäßige Kontrollen durchzuführen.

STRASSGANG**Zugang zu den Bründlteichen**

Vor geraumer Zeit wurde der „Schleichweg“ von der Straßganger Straße/Hotel Paradies in Richtung Naherholungsgebiet St. Martin - Bründlteiche gesperrt. Seither warten tausende erholungssuchende Grazer Bürgerinnen und Bürger darauf, dass ein direkter und gefahrloser Zugang zu diesem bedeutenden Naherholungsgebiet ge-

schaffen wird.

Eine vor Jahrzehnten von den Grünen betriebene Initiative in dieser Richtung ist offenbar eingeschlafen. „Die Stadt Graz soll endlich mit dem Bundesheer (Gablenz-Kaserne, Landeskommando Steiermark, BM für Landesverteidigung) verhandeln, um die notwendigen Grundflächen für einen Fuß- und Radfahrweg zu bekommen“, fordert KP-Bezirkssprecher Kurt Luttenberger.

GEIDORF**LKH: Teuer parken**

Fürs Parken im LKH-Parkhaus (1.641 Parkplätze) zahlt man 2,20 Euro pro Stunde. Wird die volle Stunde auch nur geringfügig überschritten, ist eine volle weitere Stunde zu berappen. Betreiber ist das Klinikum selbst. Vor allem Angehörige, die ihren Lieben während der schweren Zeit der Krankheit beistehen und sie so oft wie möglich besuchen wollen, stehen häufig vor einem großen Dilemma: Die zeitraubende Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist neben Berufstätigkeit und anderen Verpflichtungen kaum möglich, die teuren



Keksen belohnt. An der Weihnachtsfeier – initiiert von Bezirksvorsteherin Eveline Gröbelbauer – wirkten BezirksrätInnen

aller Parteien ehrenamtlich mit, auch die KP-BezirksrätInnen Gottfried Stevanecz und Edeltrud Ulbl-Taschner waren begeistert dabei.



Parkgebühren sind kaum leistbar. „Hier muss eine andere Lösung im Interesse der Betroffenen gefunden werden. Schließlich handelt es sich beim Krankenhaus-

besuch um kein Freizeitvergnügen, sondern um eine Notwendigkeit, um die man nicht herumkommt,“ meint KP-Gemeinderat Andreas Fabisch.



Stammtisch des GLB -

jeden ersten Mittwoch im Monat
ab 17.00 Uhr im Karl-Drews-Klub im
Volkshaus Graz (Lagergasse 98a)

Mi, den 3. Februar 2010 Arbeitszeit verkürzen oder weiter flexibilisieren? Moderne Zeiten?

Einführen werden
Anne Rieger, ehem. IG Metall (D) Bevollmächtigte
Peter Scherz, steirischer Arbeiterkammerrat des
GLB und Betriebsrat bei Magna-Steyr
*Erfahrungen und Strategien können gemeinsam
diskutiert werden*

Unser Leben
ist mehr wert
als eure
Profite



Beim Landestier-
schutzverein war-
ten Haustiere auf
neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...
Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landes-
tierschutzvereins, Grabenstr. 113, Graz, Tel. (0316) 68 42 12.

TIERECKE



Snoopy ist ein etwas
ängstlicher, ca. 3 jähriger
kastrierter Wohnung-
kater. Er braucht viel
Zuwendung.



Berry und Betty sind
zwei Chinchilla-Damen,
geb. 09. Sie suchen Ken-
ner ihrer Rasse.



Hoppel ist ein kastrierter
Rammeler aus schlechter
Haltung, geb. Okt. 09.



Linda ist eine Meer-
schweinchendame, geb.
März 09. Kam wegen
Platzmangel ins Tier-
heim.



Rambo ist ein kastrierter
Labrador Mischlingsrü-
de (18 Monate). Sehr
lebhaft und freundlich,
braucht viel Bewegung.



Mandy ist ein Schä-
fer-Berner Sennenhund
Mischling (18 Mon). Lieb
und menschenbezogen,
braucht Garten-Auslauf.

Kontakt: Parteiloses Leben, Schwab, Bielefeld und Transgender der KPÖ

Red:out jeweils am **2. Montag des Monats** um 18:00 Uhr in der Tra-
miner Weinstube, Kloster-
wiesgasse 2, Graz. (Nähe
Jakominiplatz).

Treff am Grünanger

„Z'ammkumman, Austauschen,
Beisammensein“ – unter diesem
Motto steht das gemütliche
Treffen bei Kaffee und Kuchen!
**Jeden Donnerstag von 14 Uhr
bis 15:30 Uhr in der Andersen-
gasse 34, Am Grünanger.**
Veranstaltet vom SMZ Liebe-
nau, Tel. 42 81 61.

Zwei **Meerschweine** (1^{1/2}
jährig) umständehalber
inklusive Käfig, gratis abzu-
geben Bei Interesse Mail an:
IngridM@inode.at

KLEINANZEIGEN

Gesucht

Kinderzimmer für zwei
Kinder (sechs und sieben
Jahre) - wenn möglich gratis
- wird dringend gesucht.
Tel.: 0664 / 97 45 413, Frau
Wright.

Wir suchen einen **Wohn-
wagen** für 2 Kinder und
2 Erwachsene bis ca. Euro
4.500 Euro, Tel. 0664 / 79
80 977.

Arbeit gesucht

Schlosser sucht **Arbeit** im
Raum Graz. Tel: 0664 / 55
90 432.

Ich suche eine **Stelle im
Büro oder in einer Ordini-
nation in Graz.** Geringfü-
gig, auf Teilzeit mindestens
25-30 Stunden. Tel. 0699 /
145 38 228.

Wohnen in Graz

Musikerfamilie (klassi-
sche Musik) möchte ein

Liebe Gärtnerinnen und Gärtner!

Wenn es draußen schneit,
ist das die Zeit, wenn man
mit Töpfchen hantiert und
Platz auf den Fenster-
bänken schafft und
Pläne schmiedet!

Wir laden euch ein zum

BIO-GARTEN-KURS

mit **Dr. Marlies Ortner**,
Ärztin und
Permakultur- Lehrerin

Thema: Gesundheit im Garten

Kurstermine:

Sonntag, 31. 1. 2010,
Sonntag, 14. 2. 2010,
Sonntag, 14. 3. 2010,
Sonntag, 11. 4. 2010,
jeweils von 13 - 16, 30 Uhr

in der Landwirtschaftsschule
Alt-Grottenhof, Krottendor-
ferstr. 110, 8052 Graz. Mit
dem Auto außen und oben
herumfahren (Tor ist zu).

**Info: Garten-Telefon:
(0650) 669 88 49**

Haus im Raum Graz mieten,
Tel. 0664 / 52 90 707.

Pensionistin sucht er-
schwingliche Wohnung in
Graz, max. 40 m² (Küche,
Zimmer, Bad/WC; Balkon
wäre schön), Nähe zu Bus/
Tram-Anschluss ist wichtig.
Tel. 0664 / 94 39 891.

www.courage-beratung.at

**BERATUNGSSTELLE
COURAGE**
Wien • Graz • Innsbruck

**DIE SCHWULES/BISCHUE
UND TRANSGENDER
BERATUNGSSTELLE**

Di & Do von 16-20 Uhr
A-8010 Graz
Herrngasse 3 / Stiege 2 / 2. Stock
0664.greif@courage-beratung.at **TEL 0699/166 166 62**

AMSEL-Stamm- tisch für Arbeitslose

Möglichkeit
für Menschen
ohne bezahl-
t e
Arbeit, sich mit ihresgleichen zu
treffen + auszutauschen: Donner-
tags (werk- + 14-tägig) um: 17
Uhr im: CAFE SORGER (I. Stock),
Südtirolerplatz 14

0681 / 102 703 42

**AMSEL-Hotline für
arbeitslose Menschen
in Bedrängnis!**
<http://www.amsel-org.info>

Helpen statt reden.

Mieternotruf
717108



Mit **KPÖ-**
Wohnungsstadträtin
Elke Kabr

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 71 62 91 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Reichensteuer

Meine volle Zustimmung dazu. Die Diskussion darüber wird ja leider immer wieder im Keim erstickt. Bezeichnenderweise steht nun auch eine der „reichsten“ Städte, Abu Dabi, vor dem Bankrott. Eben weil in einem so kapitalistischen Staat wie Saudi Arabien Vermögen und Einkommen offensichtlich viel zu wenig besteuert sind, sonst könnte die öffentliche Hand nicht so verschuldet sein.

Was bei uns alles nötig wäre: Die Aufhebung der Obergrenze für Sozialversicherungsbeiträge, ein gestaffelter Grenzsteuersatz, der bis 95 % geht, eine Erbschaftssteuer auf privates, nicht betriebliches Vermögen, die z. B. ab einer Million kräftig wirkt, eine Vermögenssteuer auf privates nicht betrieblich genutztes Vermögen. Nicht betrieblich deshalb, weil durch Erbschaft- und Vermögenssteuer kein Arbeitsplatz gefährdet werden soll.

DI Manfred Uttenthaler,
8052 Graz

Armut macht krank

Der Unterschied in der Lebenserwartung von Männern (in Deutschland) der untersten und obersten Einkommensklasse beträgt 14 Jahre! Die Mitglieder eines armutsgefährdeten oder bereits unter die Armutsgrenze abgesunkenen Haushalts leiden doppelt so stark an Übergewicht wie eines wohlhabenden (14,5 % gegen 7,1 %)! Das berichtete unlängst der Korso.

Das Resümee: Es mangelt in Österreich an Daten, die eine Verbesserung von sozialer Lage, Infrastruktur und Gesundheit ermöglichen. Die politisch Verantwortlichen sind überzeugt davon, Änderungen im Gesund-

heitsverhalten seien ausreichend, den Gesundheitszustand der Menschen zu heben. Für die große Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit für das Auftreten von Krankheiten gibt es keine Einsicht.

Wolfgang Lambrecht,
Verein AMSEL

Gegen Hochhäuser

Angeblich soll in Graz der Bau mehrerer Hochhäuser in geplant sein. Ich bin ganz dagegen, in Graz Hochhäuser zu planen! Hochhäuser verschandeln das Stadtbild und sind nur für Selbstmörder ideal. Auf keinen Fall sind Hochhäuser für Familien angenehm zum Wohnen. Für Büro Zwecke ist in der Stadt genügend Raum auch ohne Hochhäuser.

Es wäre vom städtebaulichen Standpunkt viel wichtiger, die Reininghausgründe so sinnvoll als Gesamtkonzept zu planen, wie das nur möglich ist. Gibt es überhaupt für Graz einen General-Städtebauplan? Angeblich ist da auch schon einiges verpatzt. Irgendwie fürchte ich, dass hinter vielen Plänen Geschäftemacherei steckt. Für die Zukunftsplanung einer Stadt wäre das nicht gerade vorteilhaft.

Emer. Univ.-Prof. Dr.
Thomas Kenner, 8010 Graz

Bankgebühren: Abkassiert und ausgeliefert?

Im letzten Stadtblatt fragten wir unsere Leserinnen und Leser, ob uns die Banken mit ihren Kredit- und Überziehungszinsen ausnehmen. 94 % der Zuschriften meinten: „Ja“. 6 % glauben, dass die Bedingungen der Banken

soweit in Ordnung sind. Dazu einige Kommentare:

Banken funktionieren wie Basare – reden, reden, reden und verhandeln, ein wenig geht immer. Vor allem nicht überziehen.

Gerald Stadlober

BAWAG verlangt 0,15 Euro ab 31. Buchung – Frechheit.

Christoph Platt, 8044

Banken müssen von der Politik besser kontrolliert werden.

Alois Wagner

Die Bankgebühren sind in Österreich zu hoch. R. Meister, 8020.

Banken nehmen uns aus und werden immer reicher!

Bianca Mahler, 8480.

De facto wird von den Banken nur die dem Kapitalismus zu Grunde liegende Idee (=das umgekehrte „Robin-Hood-Prinzip“) konsequent umgesetzt: Sie nehmen es den Armen und geben es den Reichen.

Fam. Puscher, 8010.

Fotos gesucht

Sie haben etwas Schönes, Spannendes, Ungerechtes, Lustiges oder Kritikwürdiges fotografiert? Mailen Sie uns Ihre Bilder samt Kurzinfo/Adresse! Wir werden eine Auswahl veröffentlichen und verlosen T-Shirts und Bücher: stadtblatt@kpoe-graz.at

GRAZER Stadtblatt

Impressum/Medieninhaber: KPÖ Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 71 24 79; Fax 71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



ZVP Zentralverband der Pensionisten SPRECHSTUNDEN

MO. bis FR. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

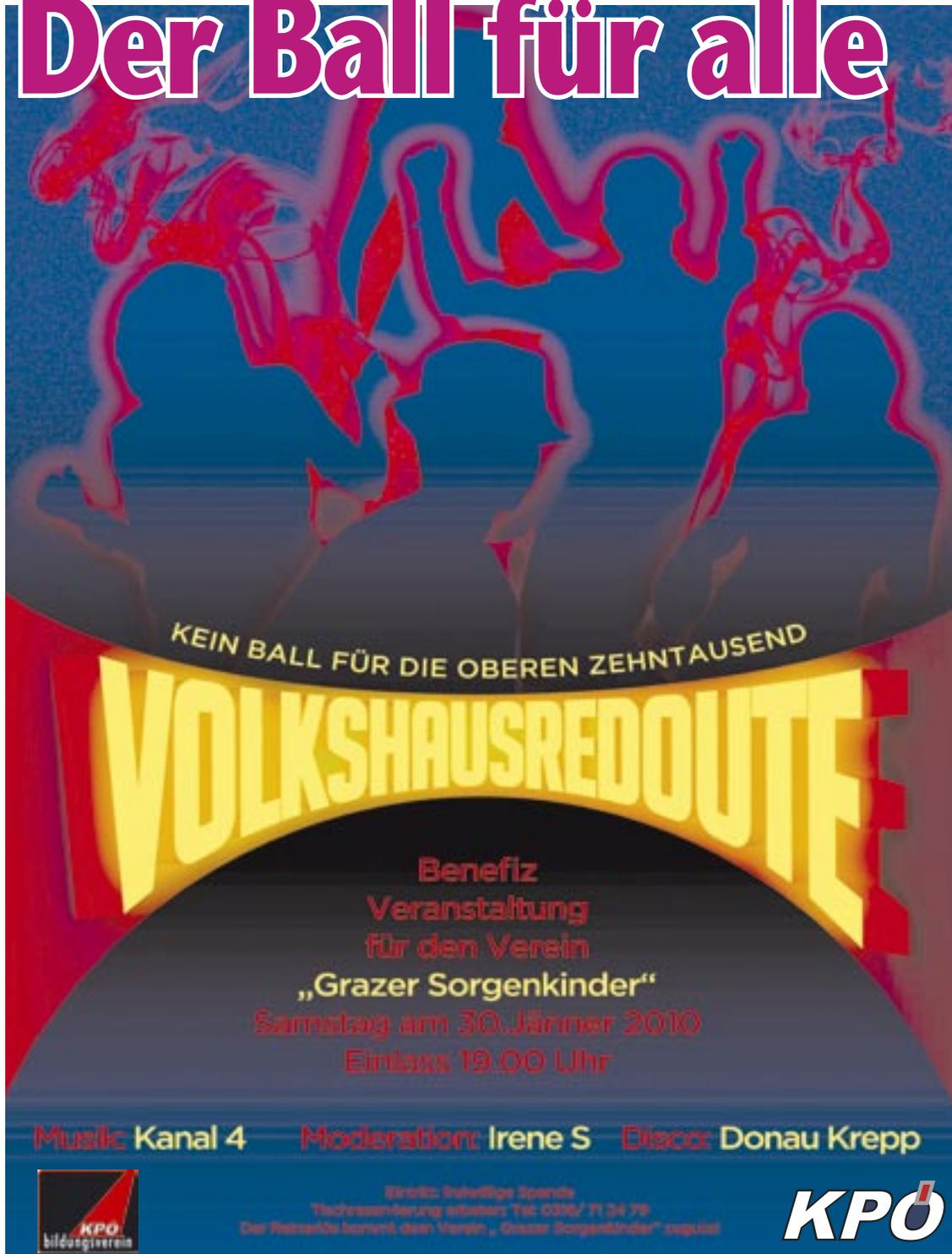
☎ 0316/ 71 24 80 / Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Problemen

Jeden DO. gemütlicher Nachmittag im Volkshaus

VolkshausRedoute Der Ball für alle



KEIN BALL FÜR DIE OBEREN ZEHNTAUSEND

VOLKSHAUSREDOUTE

Benefiz
Veranstaltung
für den Verein
„Grazer Sorgenkinder“
Samstag am 30. Jänner 2010
Einlass 19.00 Uhr

Music Kanal 4 Moderation: Irene S Disc: Donau Krepp

Eintritt: freiwillige Spende
Tischreservierung erbeten: Tel. 0316/ 71 34 79
Der Nettobetrag kommt dem Verein „Grazer Sorgenkinder“ zugute!



EINLADUNG ZUM
BESTEN BALL IN
GRAZ AM
SA., 30. JÄNNER

Unterhaltung, Tanz
und Stimmung beim
zwanglosesten Ball in
Graz: Um 19 Uhr be-
ginnt die Volkshaus-Re-
doute, der Ball für alle
in der Lagergasse 98a.

Wer braucht die Opern-
redoute, wenn es die
Volkshaus-Redoute gibt? Zahlt
man für erstere heuer irre 198
Euro Eintritt, ist man beim Ball
der Grazer Bälle im Volkshaus
gratis dabei. Dafür gibt es un-
gezwungene Stimmung statt
Fracks und großen Roben.

Ab 19 Uhr ist in der La-
gergasse 98a Einlass. Die Mo-
deration macht die bekannte
Kabarettistin und Musikerin
Irene S. Im großen Saal spielen
Kanal 4, die schon letztes Jahr
die Sohlen unzähliger zum
Glühen brachten.

Damit niemand hungrig
oder durstig von dannen zieht,
gibt es Spinat- und Erdäpfel-
strudel mit Vogerlsalat, Kürbis-
cremesuppe, Schweinsbraten
und Knödel, Salatvariationen,
Mehlspeisen, Bio-Kaffee, Cock-
tails und vieles, das den Abend
und die Nacht verusft.

Benefizball

Wie immer kommt der
Erlös des Balls – er wird zum
Großteil von ehrenamtlichen
MitarbeiterInnen abgewickelt
– einem wohltätigen Zweck
zugute. Diesmal ist das der
Verein „Grazer Sorgenkinder“.
Letztes Jahr durfte sich „Die
Brücke“ dank aller Gäste über
eine Spende freuen.

VOLKSHAUSREDOUTE

Eintritt: freie Spende
Bekleidung: freie Wahl
Kosten: minimal
Musik: großartig
Gute Laune: garantiert
Stimmung: perfekt
Publikum: das beste von Graz



Kinderland
Graz ladet ein zum

Kinder- maskenball



SAMSTAG, 6. FEBRUAR 2010
VOLKSHAUS LAGERGASSE 98A
AB 15 UHR

EINTRITT/PERSON: € 3.-
PIRATENFEST UND TOMBOLA
TOLLE MUSIK, TÄNZE UND SPIELE

VORVERKAUF: € 2,50 IM KINDERLAND-BÜRO
MEHLPLATZ 2/11 MO-FR 9-14 UHR